

HERAUSGEGEBEN VOM GRENZFRIEDENSBUND

Anschrift:

Willi-Sander-Platz 6 ■ 24943 Flensburg

Geschäftsführerin:

Ingrid Schumann

Sprechzeit:

Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr
Telefon (04 61) 2 67 08 • Telefax (04 61) 2 67 09 E-Mail: grenzfriedens-
bund@foni.net Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 5 05 40 97

Beitrag:

15 € für Einzelmitglieder

30 € für Verbände, Schulen usw.

Bankverbindungen:

Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020

Sparkasse NF Husum (BLZ 217 500 00) 13 862

Postbank: Hamburg (BLZ 200 100 20) 114 07-206

INHALT

Seite

Jörn-Peter Leppien

50 Jahre Grenzfriedenshefte3

*Hans Schultz Hansen / Carsten Porskrog Rasmussen /
Gerret Liebing Schlaber / Axel Ditlev Johnsen /
René Rasmussen / Martin Klatt*

Das schleswigsche Grenzland im Licht
kontrafaktischer Geschichtsschreibung.....8

Kirsten Hoffmann / Jürgen Karwelat

Das Alsenviertel in Berlin -
Spiegel der deutschen Geschichte (1864-2003).....28

Bernd Philippsen

Bilder erzählen Geschichte(n).
Dokumente jüdischen Lebens aus der Provinz.....44

Kresten Philippsen

Die Last der Geschichte.
Ansprache beim 139. Oeversee-Marsch48

Hans Heinrich Hansen

Die Zeit und das dänische Trauma.....52

Umschau ab Seite 55

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 3 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Ulf von Hielmcrone (V.i.S.d.P.), Süderstraße 14 25813 Husum Dr. Jörn-Peter Leppien,

Libellenring 15 ■ 24955 Harrislee Dr. Matthias Schartl, Friedrichstal 55 ■ 24939 Flensburg

Dr. Gerret Liebing Schlaber, Kroghs Kobbel 47, DK-6100 Fladerslev Redaktionsanschrift:

Willi-Sander-Platz 6 ■ 24943 Flensburg

Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH, Graf-Zeppelin-Straße 22 ■ 24941 Flensburg Te-

lefon 04 61 / 9 33 04 ■ Telefax 04 61 / 9 43 55 • E-mail: mittelstaedt@cicero-mc.de Druck:

Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9 • 24941 Flensburg

50 Jahre Grenzfriedenshefte

von *JÖRN-PETER LEPPHEN*

„Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß unsere Grenzfriedensbriefe in ihrer neuen Form wertvolles Material für alle die bringen, die mit den Problemen unseres Grenzlandes ringen und nach einer Lösung suchen, und daß sie dazu beitragen mögen, den Blick für die fruchtbaren Zusammenhänge zwischen den beiden Völkern an dieser Grenze zu öffnen.“

Diese programmatischen Sätze finden sich in dem Geleitwort, das der damalige Vorsitzende des Grenzfriedensbundes, Jens Nydal, der ersten Ausgabe der Grenzfriedenshefte im März 1953 voranstellte.¹ Der Vorstand hatte sich entschlossen, die seit Gründung des Grenzfriedensbundes im Jahre 1950 in unregelmäßiger Folge erschienenen „Grenzfriedensbriefe“ mit Informationen über Arbeit und Standpunkte des Grenzfriedensbundes durch eine Zeitschrift zu ersetzen - die Grenzfriedenshefte. Seitdem ist diese Vierteljahresschrift, durch ehrenamtliche Redakteure betreut, in ununterbrochener Folge 50 Jahre lang erschienen.

1953 gab es zwar bereits die Kieler Minderheitenerklärung von 1949, vor deren Hintergrund der Grenzfriedensbund 1950 als Gegengewicht zu den konservativen Grenzverbänden entstanden war, von einer national entspannten Atmosphäre, wie sie uns heute fast selbstverständlich erscheint, mochten 1950/53 wohl nicht einmal die leitenden Persönlichkeiten im Grenzfriedensbund träumen.

Durch eine lange Reihe von Beiträgen haben die Grenzfriedenshefte in fünf Jahrzehnten im Sinne des Geleitworts Jens Nydahls von 1953 zum Verständnis und zur Verständigung in den deutsch-dänischen Beziehungen maßgeblich beigetragen. Neben die Aufsätze im Hauptteil, die auch heute noch den Schwerpunkt der Hefte bilden, traten 1954 die Umschau mit ihrer aktuellen Berichterstattung und 1959 ein Rezensionsteil, der über relevante Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt informiert. Seit 1953, verstärkt aber seit den 80er Jahren, werden die Grenzfriedenshefte durch Sonderpublikationen des Grenzfriedensbundes ergänzt.

Die große Resonanz, auf die die Publikationen des Grenzfriedensbundes seit 50 Jahren treffen, wurde und wird auch dadurch erreicht, dass die Grenzfriedenshefte in Bibliotheken, wissenschaftlichen Instituten und in zahlreichen kulturellen wie politischen Institutionen greifbar sind, also einen Leserkreis in Deutschland und Dänemark erreichen, der weit über die Mitglieder des Grenzfriedensbundes hinausreicht. Thematisch bieten die Grenzfriedenshefte ein breites Angebot. Einen Schwerpunkt bildete stets die kritische Auseinandersetzung mit der gemeinsamen deutsch-dänischen Geschichte. Sie vermag einerseits im Sinne Jens Nydahls den „Blick für die

fruchtbaren Zusammenhänge zwischen den beiden Völkern zu öffnen“, andererseits birgt sie „Probleme unseres Grenzlandes“, weil sie Quelle für nationale Vorurteile war und zum Teil noch ist. Sie lässt sich daher nicht naiv ignorieren, sondern muss weiter fachgerecht aufgearbeitet und einer breiteren Öffentlichkeit in Deutschland wie in Dänemark vermittelt werden.

Das 50-jährige Jubiläum der Grenzfriedenshefte stellt einen markanten Einschnitt in der Geschichte unserer Zeitschrift dar. Gleichwohl hat sich die Redaktion entschlossen, kein Jubiläumsheft mit den üblichen Würdigungen vorzulegen. Die Bedeutung der Grenzfriedenshefte ist vielfach hervorgehoben worden. So hat Tilmann Eysholdt in seiner Geschichte des Grenzfriedensbundes anlässlich des 40-jährigen Jubiläums unseres Verbandes die Entstehung und Entwicklung der Grenzfriedenshefte von 1953 bis 1990 eingehend untersucht.² Auch in der Jubiläumsausgabe der Grenzfriedenshefte zum 50-jährigen Bestehen des Grenzfriedensbundes im Jahre 2000 spielen die Grenzfriedenshefte eine gewichtige Rolle³, zumal der Grenzfriedensbund einer breiteren Öffentlichkeit hauptsächlich durch seine Zeitschrift ein Begriff ist. Neue Mitglieder gewinnt der Grenzfriedensbund seit Jahren praktisch nur über das Interesse an den Grenzfriedensheften. Der Grenzfriedensbund konzentrierte sich „vor allem auf den publizistischen Bereich“, betonte denn auch der Vorsitzende Lothar Hay, als es im November 2002 einmal mehr um die Aufgabenteilung unter den vier deutschen Grenzfriedenverbänden ging.⁴

Das Grenzfriedensheft 1/2003 ist also - von diesem einleitenden Artikel einmal abgesehen eine „ganz normale“ Ausgabe, aber gerade deshalb typisch für den Charakter unserer Zeitschrift seit 50 Jahren.

Das Verzeichnis der Mitarbeiter/innen im vorliegenden Heft weist 13 Autoren aus, davon können 7 Verfasser dem dänischen Bereich zugeordnet werden. Bereits in der ersten Ausgabe der Grenzfriedenshefte vom März 1953 kam neben dem Kieler Historiker Alexander Scharff und dem Flensburger Stadtpräsidenten Thomas Andresen mit Troels Fink eine gewichtige dänische Stimme zu Wort.⁵ Es war und ist die Überzeugung der Redaktion, dass das Ziel der Grenzfriedenshefte, den Blick für die Belange des Nachbarn zu öffnen und durch Information zu Problemlösungen beizutragen, nur dann erreicht werden kann, wenn neben deutschen auch dänische Autoren in den Grenzfriedensheften Berücksichtigung finden. Der Anteil dänischer Verfasser ist über die Jahre gewachsen - nicht weil die Redaktion eine Parität anstrebe, wie es Lars Henningsen halb scherzhaft formulierte,⁶ sondern weil schon seit langem nicht mehr die nationale Zugehörigkeit der Autoren, sondern das Gewicht ihrer Aussagen das zentrale Kriterium für die Auswahl von Beiträgen für die Grenzfriedenshefte darstellt.

Die Grenzfriedenshefte hätten ihre Rolle als Wegbereiterin der deutsch-dänischen Verständigung nicht erfüllen können, wenn sie nicht von Anfang - und verstärkt,

nachdem 1961 Ernst Beier die Redaktion übernommen hatte - den Finger in offene Wunden gelegt und Tabuthemen aufgegriffen hätten. Nur ganz wenige Beispiele seien hier genannt: der Beitrag von Gerhard Beier über „Möglichkeiten einer Friedenspädagogik im Grenzlande“ 1971,⁷ die kritische Auseinandersetzung mit der Darstellung der deutsch-dänischen Beziehungen in dem damals noch populären Handbuch von Brandt/Klüver 1972/73,⁸ das „Problem Idstedt“ 1979,⁹ die heftigen Auseinandersetzungen über die dänische Zeitschrift „Slesvigland“ 1980,¹⁰ der ebenso vehemente, noch keineswegs ausgestandene Streit um eine Rückkehr des Idstedt-Löwen nach Flensburg ab 1992,¹¹ und letztlich der Aufsatz von Gerret Liebing Schlaber über „Die Grenze in den Köpfen“ 2001,¹²

Die Beiträge des ehemaligen Amtsbürgermeisters von Sønderjylland, Kresten Philipsen, und des Vorsitzenden des Bundes deutscher Nordschleswiger, Hans Heinrich Hansen, im vorliegenden Heft greifen ebenfalls Tabuthemen auf; sie plädieren für den Abbau von Vorurteilen und zeigen so einmal mehr, dass die Grenzfriedenshefte als Informations- und Diskussionsforum nach wie vor eine wichtige Aufgabe zu erfüllen haben.

Der ebenfalls im vorliegenden Heft abgedruckte Artikel von Bernd Philipsen über ein « Neuerscheinung zur Geschichte der Juden in Schleswig-Holstein verweist darauf, dass seit den 80er Jahren ein Schwerpunkt der Grenzfriedenshefte auf der lange vernachlässigten kritischen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Epoche in der Region liegt. Die Grenzfriedenshefte haben hier Pionierdienste geleistet. Als Beispiele seien die zahlreichen Publikationen zur Geschichte des Konzentrationslagers Ladelund¹³ und eine Sonderpublikation mit Beiträgen aus den Grenzfriedensheften anlässlich des 50. Jahrestages der Judenpogrome von 1938¹⁴ genannt.

Die Grenzfriedenshefte haben in den 50 Jahren ihres Bestehens nicht nur viele unbequeme Themen aufgegriffen, sie waren auch stets bereit, neuen Forschungsfeldern und damit neuen Einsichtsmöglichkeiten den Weg zu ebnen. So erschien 1971 ein Schwerpunktheft mit zehn Beiträgen zur damals hierzulande kaum bekannten interdisziplinären Friedensforschung.¹⁵ Im vorliegenden Heft wagt sich ein dänisches Historikerteam auf Neuland, wenn es „Das schleswigsche Grenzland im Licht kontrafaktischer Geschichtsschreibung“ beleuchtet. Man darf gespannt sein, wie unsere Leserinnen und Leser auf diesen Versuch reagieren.

So progressiv die Grenzfriedenshefte in inhaltlicher Hinsicht von jeher sind - mit einer Veränderung ihres Äußeren haben sie sich stets schwergetan. Es dauerte 32 Jahre, ehe sich die Redaktion entschloss, das Umschlagbild von 1953 durch eine aussagekräftigere Gestaltung zu ersetzen.¹⁶ Nach weiteren 13 Jahren wurde dazu übergegangen, den individuellen Charakter einer jeden Ausgabe auf dem Umschlag durch zwei Abbildungen und einige Stichworte hervorzuheben, die auf inhaltliche Schwerpunkte verweisen.¹⁷

Das Innere der Hefte wurde im Laufe der Zeit großzügiger gestaltet; der Umfang nahm erheblich zu. Auch durch den Fortschritt in der Drucktechnik bedingt, enthält inzwischen jede Ausgabe eine Vielzahl von Abbildungen. - Nach langem Zögern hat sich die Redaktion jetzt zu einem weiteren Schritt entschlossen: Mit dem 50. Jahrgang der Grenzfriedenshefte wird die altbekannte Schrifttype Times durch die „moderne“ Arial ersetzt. Außerdem gewinnen die Abbildungen an Gewicht, weil sie nicht mehr streng durch den Satzspiegel begrenzt werden und sich so großformatiger wiedergeben lassen.

Trotz dieser Neuerungen bleibt der unverwechselbare Charakter der Grenzfriedenshefte erhalten. Das inhaltliche Profil unserer Zeitschrift wird durch die optische Anpassung an den „Geist der Zeit“ ohnehin nicht berührt.

Wie lange allerdings die Grenzfriedenshefte als eine unabhängige Stimme in der deutsch-dänischen Medienlandschaft noch existieren können, das ist angesichts der drastischen Mittelkürzungen, die der Grenzfriedensbund durch die Entscheidungsträgerin Kiel hinnehmen musste und womöglich zu erwarten hat, in höchstem Maße ungewiss.

Anmerkungen

- 1 Jens Nydahl, Zum Geleit, in: Grenzfriedenshefte (GFH) 1/1953, S. 3 f.
- 2 Tilmann Eysholdt, Im Spannungsfeld von Nation und Europa. Der Grenzfriedensbund 1950-1990, Flensburg 1990, S. 123 ff.
- 3 GFH 1/2000, dort besonders S. 39 ff.: Lars N. Henningsen, Die Grenzfriedenshefte - durch eine dänische Brille betrachtet.
- 4 Grenzverbände mit klarer Aufgabenteilung, in: Flensburger Tageblatt, 16.11.2002; erneut abgedruckt in: GFH 4/2002, S. 306.
- 5 Den Schwerpunkt der GFH 1/1953 bildeten die wissenschaftlichen Vorträge zur Buchausstellung „Schleswig - Heimat und Grenzland“: Alexander Scharff, Heimatgeschichte und Universalgeschichte, S. 8 ff., Troels Fink, Das Buch im Volkstumskampf, S. 26 ff.
- 6 Siehe Anm. 3
- 7 Gerhard Beier, Möglichkeiten einer Friedenspädagogik im Grenzland, in: GFH 4/1971, S. 193 ff. Erneut abgedruckt in: GFH 1/2001, S. 59 ff.
- 8 Jörn-Peter Leppien, Schleswig-Holsteinische Geschichte seit 1866, in: GFH 4/1972, S. 195 ff, 1/1973, S. 24 ff. Zu den Hintergründen: Eysholdt (wie Anm. 2), S. 128 f.
- 9 Zur Geschichte der Auseinandersetzungen über eine angemessene Darstellung des deutsch-dänischen Krieges 1848-1851 jetzt: Manfred Jessen-Klingenberg, Jörn-Peter Leppien, Die Schlacht bei Idstedt 1850. Zum Wandel des nationalen Geschichtsbewusstseins in Schleswig-Holstein seit dem Ausgang der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts, in: GFH 3/2001, S. 159 ff. Der Beitrag erschien gleichzeitig in der Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans F. Rother: Landesgeschichte und Landesbibliothek. Studien zur

Geschichte und Kultur Schleswig-Holsteins, hrsg. v. Dieter Lohmeier u. Renate Paczkowski, Heide 2001, S. 191 ff.

- 10 Artur Thomsen, Slesvigland -was ist denn das?, in: GFH 1/1980. Zu den anhaltenden Auseinandersetzungen über „Slesvigland“ siehe Eysholdt (wie Anm. 2), S. 116 ff.
- 11 Artur Thomsen, Die Zeit ist reif! Der Löwe soll zurückkehren, in: GFH 1/1992. Zum nachfolgenden Streit um den Idstedt-Löwen jetzt ausführlich: Gerret Liebing Schlaber, Kontroverse um ein Denkmal. Der Idstedt-Löwe zwischen Provokation und Provisorium (1992-2002), in: GFH 4/2002, S. 259 ff.
- 12 Gerret Liebing Schlaber, Die Grenze in den Köpfen. Beobachtungen und Erfahrungen eines Grenzgängers, in: GFH 3/2001, S. 189 ff. Zu dänischen Reaktionen auf den Beitrag siehe die Rubrik „Echo“ im vorliegenden Heft.
- 13 Als erster Beitrag einer langen Reihe von Publikationen zu diesem Thema: Jörn-Peter Leppien „Das waren keine Menschen mehr. Aus der Chronik der Kirchengemeinde Pastor Johannes Meyer über das Konzentrationslager Ladelund 1944. Eine quellenkritische Studie, in: GFH 3/1983, S. 143 ff. (1983 auch als Sonderpublikation erschienen).
- 14 Jüdisches Leben und die Novemberpogrome 1938 in Schleswig-Holstein. Aufsätze, hrsg. v. Grenzfriedensbund, Flensburg 1988. Dazu auch Eysholdt (wie Anm. 2), S. 111 ff.
- 15 GFH 4/1971 (siehe auch Anm. 7).
- 16 H. 1/1985; zur Begründung dort das Vorwort von Artur Thomsen.
- 17 Jörn-Peter Leppien, Die Grenzfriedenshefte mit neuem Gesicht, in: GFH 1/1998, S. 3.

Das schleswigsche Grenzland im Licht kontrafaktischer Geschichtsschreibung

Mit dem folgenden Beitrag betritt nicht nur unsere Zeitschrift, sondern die Geschichtsschreibung im schleswigschen Grenzland überhaupt Neuland. Kontrafaktische Geschichte - das ist also die Geschichte, die auch hätte stattfinden können, wenn vielleicht nur eine Einzelheit an einem bestimmten Zeitpunkt anders gekommen wäre. Dabei geht es - dies sei vorweg ausdrücklich betont - keineswegs um geschichtliche Fantasiegebilde oder um bloße Unterhaltung, sondern um eine ernsthafte Beschäftigung mit unserer Vergangenheit. Der folgende Beitrag ist ein erster Versuch zu zeigen, inwieweit diese untraditionelle Methode zum besseren Verständnis unserer „tatsächlichen“ Geschichte beitragen kann. Die Beiträge sind Kurzfassungen von Vorträgen, die die Verfasser am 6.11.2002 in Tondern bzw. am 13.11.2002 in Hadersleben gehalten haben, um die Möglichkeiten kontrafaktischer Geschichtsschreibung erstmals einem breiteren Publikum in der Region näher zu bringen. Die Autoren sind allesamt jüngere Historiker, die den Lesern der Grenzfriedenshefte durch verschiedene Beiträge bereits bekannt sein dürften. Die Redaktion des Autorenteam und die Übersetzungsarbeit lagen bei Gerret L. Schlaber.

Die Redaktion

Kontrafaktische Geschichte - eine historiografische Methode

von HANS SCHULTZ HANSEN

Geschichtsforscher zitieren gerne den Begründer der modernen Quellenkritik, den deutschen Historiker Leopold von Ranke, der über den Zweck seiner Studien sagte: „Ich will nur zeigen, wie es eigentlich gewesen.“ Wie jeder seriöse Geschichtskundler weiß, ist dies oft wesentlich leichter gesagt als getan. Warum sollen sich Historiker dann ausgerechnet auch noch mit dem beschäftigen, was tatsächlich nicht geschah - denn genau das ist das Wesen der kontrafaktischen Geschichte. Der Begriff als solcher bedeutet schließlich genau „entgegen den Tatsachen“.

Es kann nicht bestritten werden, dass kontrafaktische Geschichte leicht in reine Spekulation ausarten kann, in der man oft nur über dünnes Eis und auf verschlungenen Pfaden zu einer plausibel klingenden Antwort kommt. Solches hat jedoch keinen Wert, bestenfalls einen Unterhaltungswert. Anders die „richtige“ kontrafak-

tische Methode: Sie soll uns ganz konkret dabei helfen, die Frage nach dem, was „eigentlich“ geschah, zu beantworten. Dies klingt widersprüchlich - denn wie soll man sich der wahren Vergangenheit nähern, indem man sich mit dem auseinandersetzt, was gerade eben nicht geschehen ist?

Der einfache Grund dafür ist, dass man immer erst hinterher am klügsten ist. Und das gilt auch für die Geschichtsforschung. Wenn wir eine geschichtliche Entwicklung untersuchen, kennen wir bereits ihr Ergebnis. Wir interpretieren die Ereignisse und Vorgänge davor oft allzu unbedacht im Licht dieses Vorwissens, wenn wir die Geschehnisse erklären wollen. Dadurch übergeht man allzu leicht die historischen Kräfte, die auf ein anderes Ergebnis hingewirkt hatten - oder man unterschätzt diese und interpretiert ihre Motive falsch. Kurz gesagt besteht ein Risiko, dass das helle Licht des Wissens über den Ausgang uns so stark blendet, dass wir etwaige reale Alternativen und Besonderheiten nicht mehr erkennen können.

Dies ist ein allgemein menschlicher Charakterzug, um nicht zu sagen: ein Fehler. Er kann nämlich auch durch übergeordnete Ideologien ins Spiel gebracht werden, etwa durch Positionen, die das Ende der Geschichte genau vorherbestimmt haben. Ein augenfälliges Beispiel hierfür ist die orthodox-marxistische Geschichtsauffassung, nach der die Gesellschaft verschiedene, sozusagen durch Naturgesetze festgelegte Stadien durchlaufen sollte: Die ursprüngliche „urkommunistische“ Gesellschaft der Jäger und Sammler wurde zu einer Sklavenhalter- und dann zu einer Feudalgesellschaft, der der Kapitalismus folgte, dessen verschärfter Klassengegensatz unabwendbar zu einer Revolution führen musste, die die Arbeiterklasse an die Macht bringen und damit die kommunistische Urgesellschaft im modernen Gewände Wiedererstehen lassen sollte - sozusagen als Paradies auf Erden, das gleichzeitig das Ende der Geschichte bedeutete.

Dieses marxistische Geschichtsbild und andere Erklärungen der Vergangenheit, nach denen sich die Geschichte auf ein festgelegtes Endziel zubewegt, bezeichnet man als „teleologisch“. Die Vorsilbe „teleo“ bedeutet Ziel oder Absicht und bezieht sich also auf den Glauben an einen tiefen Zweck des Laufs der Geschichte. Sowohl die Tatsache, dass man hinterher klüger ist und das Ergebnis kennt, als auch teleologische Betrachtungen der Geschichte engen unseren Gesichtskreis stark ein, wenn wir einen geschichtlichen Zusammenhang untersuchen wollen. Genau hier kann uns die kontrafaktische Methode helfen. Sie kann nützlich sein, um Standpunkte und Prämissen früherer Zeiten besser zu verstehen. Die kontrafaktische Methode hat nämlich den Ausgangspunkt, dass geschichtliche Entwicklung auf der Entscheidung für, aber eben auch gegen bestimmte Antworten auf Fragestellungen beruht - so wie es auch im Leben jedes einzelnen Menschen der Fall ist. Für ein umfassendes Geschichtsverständnis ist es unabdingbar, dass man sowohl die

„bestätigten“ als auch die „verworfenen“ Antworten in der Geschichte berücksichtigt. Zweck der kontrafaktischen Methode ist deshalb die Untersuchung der möglichen Alternativen zu der stattgehabten Entwicklung. Dies führt häufig zu einer stärkeren Berücksichtigung der „Verlierer“ in der Geschichte, also der Anhänger der Vorhaben, die nicht durchgesetzt werden konnten. Sinn und Zweck ist es also nicht, die Geschichte umzudrehen, sondern aufzuzeigen, dass es für die Menschen in der jeweiligen Zeit keinesfalls selbstverständlich war, dass sich die tatsächliche spätere Entwicklung durchsetzen würde - so wie man es aus heutiger Sicht leicht missverstehen kann. Statt den Schwerpunkt einseitig auf die „Anhänger“ der „durchgesetzten Vorhaben“ zu legen, die nach heutigem Verständnis allzu leicht als die vernünftigen und vorausschauenden Lösungen betrachtet werden, weil sie eben „zum richtigen Zeitpunkt“ kamen, fragt die kontrafaktische Methode nach anderen Lösungen, die unter den Voraussetzungen der gegebenen Zeit ebenso denkbar gewesen wären. Daran schließt sich die Frage an, warum es nicht so kam, sondern die Entwicklung nahm, die wir heute als die tatsächliche kennen. Dies soll im folgenden an sechs Beispielen aus der Geschichte des schleswigschen Grenzlandes gezeigt werden.

Der Sohn des Grafen Adolf VIII.

von *CARSTEN PORSKROG RASMUSSEN*

Der historische Zusammenhang

Adolf VIII., der letzte holsteinische Graf und schleswigsche Herzog aus dem Haus der Schauenburger hat mit großen Erfolgen an der Konsolidierung der Union der beiden Territorien gearbeitet. Der frühe Tod seiner Brüder machte ihn zum Alleinherrscher in weiten Teilen beider Lande, was auch König Erik von Pommern nicht verhindern konnte. Als letzterer vom dänischen Reichsrat abgesetzt wurde, ließ Adolf sich seine Zustimmung zur Wahl Christoffers von Bayern mit der Überlassung der letzten königlich kontrollierten Landesteile (Hadersleben und Æro) vergelten. Ein entscheidendes Problem stand dem jedoch für die Zukunft entgegen: Adolf hatte keine Kinder, und es gab keine weiteren Nachkommen im Mannesstamm der Dynastie. Daher bestimmte er Graf Christian von Oldenburg, den Sohn seiner Schwester, zu seinem Nachfolger. Als Christoffer 1448 plötzlich kinderlos verstarb, bot der dänische Reichsrat Adolf sogar die Königskrone an. Dieser lehnte jedoch

ab und verwies auf seinen Neffen. Als Christian I. wurde er König von Dänemark, Norwegen und zeitweise auch Schweden und begründete das oldenburgische Königshaus. Zuvor ließ sich sein Onkel von ihm die Consitutio Valdemariana von 1326 bestätigen, wonach Schleswig nicht unmittelbar von Dänemark einverleibt werden durfte. Zum einen verhalt Adolf seinem Neffen also zu noch größerer Machtfülle als ursprünglich vorgesehen, zum anderen sicherte er die Sonderstellung Schleswigs und Holsteins und deren Verbindung miteinander.

Der Aufbau des „Gesamtstaats“: Was wirklich geschah ...¹

Nach Christians Königskrönung war Adolf noch elf weitere Jahre Herzog und Graf. Zwar unterhielten sie ein gutes Verhältnis zueinander. Doch andererseits mussten Adolf angesichts der Machtfülle Christians als dänischer König Zweifel daran kommen, ob dieser noch der richtige Mann für seine eigene Nachfolge war - schließlich war Schleswigs reale Unabhängigkeit von Dänemark eines seiner Hauptziele. Eine Zeitlang schien er daher Christians jüngeren Bruder Gerhard als Nachfolger zu favorisieren. Doch diesen Gedanken verwarf er bald wieder, und bei seinem Tod 1459 war die Erbfrage nicht geregelt.

In dieser Lage nahmen die schleswig-holsteinischen Stände das Heft in die Hand. 1460 gingen sie daher den Vertrag von Ripen ein, der einerseits Christian auch /um Herzog von Schleswig und Grafen von Holstein machte, andererseits den beiden Herzogtümern eine bedeutende Autonomie gegenüber dem Königreich und die Verbindung und Unteilbarkeit derselben garantierte. Somit entwickelte sich eine schleswig-holsteinische Realunion, die ihrerseits in Personalunion mit Dänemark verbunden wurde und deren Status im Gesamtstaat ähnlich der Lage Norwegens war.

... und was auch hätte geschehen können

Viele dänische Historiker haben den Vergleich von 1460 als verpasste Chance für eine Vereinigung Schleswigs mit dem Königreich interpretiert. Dies soll hier jedoch nicht ausdiskutiert werden. Es soll vielmehr ein kontrafaktisches Szenario entworfen werden, nach dem es 1460 überhaupt nicht zum Vergleich von Ripen gekommen wäre - nämlich der Fall, wenn Adolf VIII. nach 1448 doch noch einen männlichen Nachkommen bekommen hätte.²

In diesem Fall hätte Adolfs Politik einen eindeutigen Schwerpunkt gehabt, nämlich die Sicherung eines schleswig-holsteinischen Staatsgebildes für seinen Sohn. Sowohl den Ständen als auch dem Neffen auf dem Königsthron wäre nichts anderes als die Anerkennung der Ansprüche des Sohnes auf die beiden Lande geblieben.

Diesem hätte man nach Adolfs Tod als neuem Herzog und Graf gehuldigt, und im Falle der Minderjährigkeit hätte ein vormundschaftlicher Ausschuss der Räte die Geschäfte geführt. Es gibt keinen Grund dafür anzunehmen, dass sich Christian I. gegen seinen Onkel gestellt hätte, dem er letztendlich seinen Thron zu verdanken hatte. Hätte er es doch getan, wäre es ihm vermutlich nicht besser als Erik von Pommern gegangen.

Alles spricht dafür, dass der schleswig-holsteinische Staat sich weiter gefestigt hätte. Die meisten selbständigen deutschen Fürstentümer existierten unangefochten bis 1806, sofern die jeweilige Dynastie Bestand hatte. Die Reformation hätte zur Bildung einer Landeskirche führen können, die die geistliche Herrschaft der Bischöfe von Ripen und Odense in Schleswig beendet hätte - und dann wäre Dänisch wohl nicht Kirchen- und Schulsprache in Teilen Nordschleswigs geworden. Auf alle Fälle aber wären viele Generationen von Schleswigern in einem zunehmend absolutistischen Fürstenstaat aufgewachsen, der nicht mit Dänemark verbunden und dessen Landesherr nicht der dänische König gewesen wäre. Somit hätte der starke Appell an die Treue zum Landesvater im 19. Jahrhundert nicht nach Norden hin gewirkt.

Welchen Konsequenzen dies noch gehabt hätte, kann man nur vermuten. Doch es steht zu bezweifeln, dass die dänische Nationalbewegung des 19. Jahrhundert ohne Kirchen- und Schulsprache und nach jahrhundertlanger staatsrechtlicher und realer Trennung Dänemarks und Schleswigs hier einen nennenswerten Rückhalt gefunden hätte. Auch hätte der dänischen Monarchie das deutsche Standbein gefehlt - und die Folgen für das Wesen dänischer Kultur und die Schwerpunkte dänischer Außenpolitik wären erheblich gewesen.

Fazit: Dynastische Zufälle prägten die Staatenbildung

Das hier gezeichnete kontrafaktische Szenario zeigt zweierlei: Zum einen unterstreicht es die Bedeutung dynastischer Zufälle für die Staatenbildung in Europa über einen sehr langen Zeitraum. Zum anderen zeigt es, dass die alte Spekulation darüber, welche historische Entwicklung nun dafür verantwortlich war, dass 1920 nur das halbe Schleswig zu Dänemark kam, auch eine andere Dimension hat. Mit dem gleichen Recht kann man fragen, warum überhaupt ein Teil des alten Herzogtums im 19. Jahrhundert von der dänischen Nationalbewegung erfasst und 1920 Teil des dänischen Staats wurde.

Die Inkorporation ganz Schlesiwijs in das Königreich 1721

von GERRET LIEBING SCHLABER

Der historische Zusammenhang

Hoi der Erteilung der Herzogtümer Schleswig und Holstein 1544 entstand das Herzogtum Schleswig-Holstein-Gottorf.³ Trotz der engen Bindung an die dänische Krone, unter deren Lehnshoheit sie standen, führten die Gottorfer Herzoge eine sehr eigenständige Politik und verbündeten sich mit dem aufstrebenden Schweden gegen Dänemark. 1658 erlangten sie für ihre schleswigschen Landestelle die volle Souveränität. Doch die Niederlage des großen Verbündeten im Nordischen Krieg führte dazu, dass der dänische König Frederik IV. sich 1713 des Gottorfer Anteils von Schleswig bemächtigen konnte.

Die Auflösung von Schleswig-Gottorf: Was wirklich geschah ...⁴

Am 4. September 1721 ließ sich der dänische König Frederik IV. auf Schloss Gottorf als alleiniger Landesherr Schlesiwijs huldigen. Die staatsrechtliche Zuordnung der Landesteile ließ man allerdings im Unklaren. Eine vollständige Einverleibung des Herzogtums Schleswig in das Königreich Dänemark wurde zwar ernsthaft erwogen, letztlich aber nicht vorgenommen. Das Dänische Recht von 1683 blieb auf das Königreich beschränkt, die Königsau behielt ihre Funktion als Zollgrenze bei und Schleswig behielt eine eigene Verwaltung. Inwieweit der dänische Absolutismus in Schleswig eingeführt wurde, war de facto nicht entscheidend. Erst im Zuge der Erbfolgefrage im 19. Jahrhundert wurde diese Frage wieder äußerst akut. Ab 1721 bedeutete die Neuordnung für das Herzogtum Schleswig, dass die Landesverwaltung den absolutistischen Prinzipien gemäß gestrafft und professionalisiert und somit zumindest auf provinzieller Ebene vereinheitlicht wurde, während man lokale Besonderheiten (auch auf Amtsebene) nicht antastete. In Holstein wiederum, das als Ganzes zum deutschen Kaiserreich gehörte, bestand der Gottorfer Landesteil noch bis 1773 fort, und durch familiäre Verbindung der Gottorfer mit den Romanovs kam er in Personalunion mit Russland, dessen Herrscherin schließlich in diesem Jahr zu Gunsten eines Bündnisses mit Dänemark auf den Besitz verzichtete.

... und was auch hätte geschehen können

König Frederik IV. hätte sich über die Bedenkenträger unter seinen Ratgebern hinwegsetzen und nicht nur Schleswig-Gottorf, sondern überhaupt das gesamte Herzogtum

Schleswig aufheben und es dem Königreich einverleiben können. Dies hätte mit Sicherheit sowohl zu innen- als auch zu außenpolitischen Konflikten geführt. Vor allem hätte man sich mit dem aufstrebenden Russland überworfen, das der eigentliche Sieger des Krieges gegen Schweden war und dessen Herrscherhaus nun eng mit den Gottorfern verbunden war (der Enkel Zar Peters I. und Sohn des letzten Gottorfer Herzogs versuchte tatsächlich, Schleswig-Gottorf zurückzuerobern, als er als Peter III. Zar geworden war). Möglicherweise hätte man mit kriegerischen Mitteln versucht, die relative Unabhängigkeit Schlesiwiigs im Sinne russischer Interessen zu sichern.

Aber auch auf deutscher Seite hätte man es nicht gutheißen können, wenn der dänische König an der Nordgrenze des Reiches eine „Reunions-Politik“ verfolgt hätte, so wie es Ludwig XIV. von Frankreich (teilweise mit blutigen Kriegen) im Südwesten betrieb. Doch ist es schwer abzuschätzen, inwieweit die deutschen Staaten zu einer Intervention in der Lage gewesen wären, zumal Schleswig außerhalb der Reichsgrenzen lag.

Stärkerer Widerstand wäre aber mit Sicherheit von innen heraus gekommen, denn die Schleswiger hatten damals ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein, vor allem gegenüber dem ärmeren Jütland. Die zunehmende Bedeutung des Dänischen als Amtssprache hätte jedoch dessen Stärkung in Schleswig bewirken können (in Wirklichkeit ging es andersherum). Die einheimische Ritterschaft war zwar längst nicht mehr so stark wie in den Jahrhunderten davor, doch hätte sie mit Sicherheit alles in ihrer Macht Stehende unternommen, um die Beschneidung ihrer Rechte zu verhindern. Eine Vereinheitlichung der schleswigschen Verwaltung hätte, wie im Königreich geschehen, ihnen einen Großteil ihrer Privilegien genommen. Ähnliches gilt für die Städte, deren Position viel stärker war als im Königreich, und für die mit Sonderrechten ausgestatteten Landschaften,⁵ von denen die meisten bis dahin zu Gottorf gehört hatten. Zentralisierungsbestrebungen wie im Königreich hätten hier wohl eher als dort zum besonders zähen Festhalten an der bisherigen Sonderstellung geführt, auch wenn man wohl manche Abstriche hätte hinnehmen müssen. Da man sich bis weit ins 19. Jahrhundert hinein auf historische Rechte berief, von denen - aus heutiger Sicht widersprüchlich - die ältesten die größte Autorität besaßen,⁶ wären die Konflikte dieser Zeit wohl auch ausgebrochen, wenn das Herzogtum Schleswig im 18. Jahrhundert ganz von der politischen Landkarte verschwunden wäre.

Fazit: Eine Inkorporation hätte neue Konflikte heraufbeschworen

Eine vollständige Einverleibung Gesamt-Schlesiwiigs in das Königreich hätte zu außenpolitischen Komplikationen geführt, an deren Ende wahrscheinlich eine Rückgängigmachung oder ein noch größerer Verlust hätte stehen können. Bei einer aus dänischer Sicht günstigen Entwicklung der Dinge hätte die Inkorporation wohl zu einer Stärkung der

dänischen (Standard-)Sprache und zu einer teilweisen Straffung und Zentralisierung der Verwaltung in Schleswig geführt. Doch widerstandslos hätte man dies in Schleswig wohl nicht hingenommen, und die nationalen Konflikte des 19. Jahrhunderts wären mit Sicherheit genau so ausgebrochen.

Die Vernichtung der schleswig-holsteinischen Truppenverbände bei Bau 1848

VON AXEL DITLEV JOHNSEN

Der historische Zusammenhang

Die Schlacht zwischen dänischen und schleswig-holsteinischen Truppenverbänden am 9. April 1848 bei Bau ist eine der bekanntesten des Krieges von 1848- 1850. Vor allem auf dänischer Seite, zumal dem Sieg der dänischen Truppen der Höhepunkt des „Geistes von '48“ folgte -jener Welle nationaler Begeisterung, die vor allem durch das Kopenhagener Bürgertum ging und schließlich entscheidend zum Ende des Absolutismus beitrug. Doch auch die Eiderpolitik mit dem Ziel, Schleswig komplett in einen dänischen Verfassungsstaat einzubeziehen und Holstein und Lauenburg außen vor zu lassen, erreichte ihren Höhepunkt. Nun war das Volk (zumindest Teile davon) am Zuge, und man forderte als Grenze des neuen Staates die Eiderlinie als „natürliche“ Scheidelinie zwischen Dänisch und Deutsch. Notfalls sollte dies ohne Rücksicht auf die Belange der internationalen Gemeinschaft und besonders der südlichen Nachbarn erreicht werden. Mit dem Abstand von über 150 Jahren erkennen wir, dass dies unrealistisch war. Aus heutiger Sicht erscheint die Eiderpolitik geradezu als „historische Dummheit“: Wir stellen fest, dass die dänische Nation überhaupt nicht in der Lage war, diese „historisch begründeten“ Vorstellungen durchzusetzen, denn schon 1848-1850 und erst recht 1864 bekam Dänemark zu spüren, dass die internationalen Großmächte und nicht zuletzt der Nachbar im Süden über das Schicksal und die Grenzen des Staates das entscheidende Wort führten.

Dennoch müssen wir die Eiderpolitik nüchtern und fair betrachten, und hier hilft uns die kontrafaktische Methode. Hätte die Eiderpolitik vielleicht eine größere Chance gehabt, wenn ein entscheidendes Ereignis in der Geschichte anders verlaufen wäre? Ein solches war die Schlacht von Bau. Der in seinen Einzelheiten bekannte dänische Schlachtplan sah vor, dass die dänische Übermacht die schlecht vorbereiteten schleswig-holsteinischen Verbände durch einen Zangenangriff in einer Schlacht nördlich von Flensburg ein

für alle Male zerschlagen sollte. Nach diesem Sieg sollten die dänischen Truppen an die Eider vorrücken und die Welt vor vollendete Tatsachen stellen: Das schleswig-holsteinische Heer ist besiegt und Dänemarks Macht reicht bis zur Eider!

Die Schlacht am 9. April 1848: Was wirklich geschah ... ⁷

Der Plan, die schleswig-holsteinischen Verbände einzukreisen und ihnen den Fluchtweg abzuschneiden, indem ein Teil des dänischen Heeres Flensburg westlich umging, ging nicht auf. Dem mit 10.000 gut ausgerüsteten Soldaten weit überlegenen dänischen Heer gelang wohl ein Sieg, doch trotz einiger Verluste gelang es den meisten der ca. 6.-7.000 schleswig-holsteinischen Kämpfer, unter denen sich viele Freiwillige ohne jede militärische Ausbildung befanden, sich in die schützende Festung Rendsburg zurückzuziehen. Hier trafen die geschlagenen Schleswig-Holsteiner auf die ersten preußischen Hilfstruppen, denen drei Tage später ein größeres Kontingent des Deutschen Bundes folgte. Insgesamt 30.000 Soldaten unterstützten nun die Schleswig-Holsteiner.

Die dänischen Truppen wurden auf 12.000 Soldaten aufgestockt und nahmen an der Dannewerk-Linie Aufstellung. Der Zeitpunkt für einen schnellen Sieg über die Aufständischen war bereits verpasst. Mit der Schaffung vollendeter Tatsachen konnte das dänische Heer den Konflikt nicht beenden, und nach der Schlacht bei Schleswig am 23. April wurde es zum Rückzug nach Norden gezwungen. Die dänische Politik musste nun auf Verhandlungen mit den Großmächten setzen. Dennoch sollte der Krieg sich mit Unterbrechungen über drei Jahre hinziehen.

... und was auch hätte geschehen können

Was wäre passiert, wenn der dänische Schlachtplan aufgegangen wäre? Hätte Dänemark die Anerkennung der Eidergrenze erreicht? Preußen, das bis dahin keine Schwierigkeiten mit Dänemark und (noch) kein Interesse an den Herzogtümern hatte und dessen Regierung keine Sympathie für revolutionäre Bewegungen hatte, hätte sich womöglich ruhig verhalten. Anders hingegen die Paulskirchen-Parlamentarier, für die der schleswig-holsteinische Kampf zu einem Symbol für den deutschen Freiheitskampf geworden war und die mit Sicherheit auch nach einer vernichtenden Niederlage bei Bau nicht aufgesteckt hätten. Zunächst hätten also diese beiden Hauptakteure in Deutschland Einigkeit untereinander erzielen müssen. Der preußische König hatte sich nur widerwillig der schleswig-holsteinischen Frage gewidmet, um seine revolutionären Untertanen zu beschwichtigen. Die Paulskirchen-Bewegung konnte ohne den mächtigsten deutschen Staat das Ziel einer deutschen Einigung nicht weiter verfolgen. Unter Protest (vor allem auch aus Holstein) hätte sie Verhandlungen mit Dänemark zugestimmt. Diese

hätten sich in die Länge gezogen, und als im Sommer 1848 fast überall die Reaktion siegte, hätte Dänemark die Dannewerk-Stellung inzwischen stark ausgebaut. Die Paulskirche war inzwischen weitgehend ohnmächtig und wäre nicht in der Lage gewesen, den Abschluss eines preußisch-dänischen Vertrages, der Dänemarks Anspruch auf ganz Schleswig anerkannte und Holsteins staatsrechtlichen Status quo bewahrte, zu verhindern. Allerdings ist es denkbar, dass die beiden Vertragspartner zur Beruhigung der revolutionären Strömungen in den deutschen Staaten und der deutschen Schleswiger einen Passus über eine eventuelle spätere Volksabstimmung (entsprechend dem § 5 des Prager Friedens von 1866) hätten einfügen müssen. Auch wenn die Vertragspartner diesem zunächst kaum Bedeutung beigemessen hätten, wäre er für die deutschen Schleswiger ein Faustpfand von hoher symbolischer Bedeutung.

Auf dänischer Seite hätte man versucht (wie teilweise in Wirklichkeit nach 1850), die deutschen Schleswiger zu „redanisieren“, was nach der gegebenen nationalromantischen Ideologie ein geradezu natürlicher Prozess sein sollte. Alle Schleswiger waren demnach dänischstämmig, und die deutsch Gesinnten mussten demnach lediglich zu ihren Wurzeln zurückgeführt werden (Vorstellungen dieser Art hielten sich auch in anderen Teilen Europas bis weit über die Mitte des 20. Jahrhunderts). Doch dieser Schuss wäre nach hinten losgegangen: Initiativen zur Stärkung der dänischen Sprache wären (wie die Regenburg-Reskripte in Wirklichkeit) auf erheblichen Widerstand gestoßen und hätten den Konflikt aufs Neue angeheizt. Trotz staatlicher Kontrolle hätten die deutschen Schleswiger bald ein Netzwerk von Organisationen gebildet, um den Danisierungsbemühungen entgegenzutreten. Der deutsche Einigungsprozess stärkte die Bewegung zusätzlich. In

Kopenhagen hätte man den schwelenden Konflikt an der Südgrenze, durch ständiges Beharren der südschleswigschen Reichstagsabgeordneten auf Erfüllung des Abstimmungsparagrafen (wie nach 1871 die dänischen Vertreter im deutschen Reichstag) vor Augen geführt, mit wachsender Sorge sehen müssen.

Fazit: Die Eidergrenze hätte wohl nicht lange Bestand gehabt

Wäre der dänische Schlachtplan von Bau in Erfüllung gegangen, hätte man den schleswig-holsteinischen Aufstand vollständig gebrochen. Ein Dänemark bis zur Eider wäre damit eine vollendete Tatsache gewesen, und möglicherweise hätte die Zeit ab 1848 für Dänemark gearbeitet, so dass Schleswig de facto ein Teil des Königreichs hätte werden können. Dies hätte zur Folge gehabt, dass ein erheblicher deutscher Bevölkerungsteil innerhalb der Grenzen des neuen dänischen Staates gelebt hätte, und dieser hätte sich ohne Frage gegen die Einverleibung gewehrt und - bestärkt durch den Einigungsprozess

in Deutschland - an einer staatsrechtlichen Vereinigung mit diesem gearbeitet. Dazu wäre es früher oder später auch gekommen. Die Frage nach dem „Wie“ und dem „Wann“ wäre aber bereits eine neue kontrafaktische Fragestellung.

Der schnelle Übergang der preußischen Truppen über die Schlei 1864

von *HANS SCHULTZ HANSEN*

Der historische Zusammenhang

1863 befand sich die dänische Regierung in einem Dilemma. Die öffentliche Meinung in Dänemark, vor allem in Kopenhagen, die eine demokratisch legitimierte Regierung nicht ignorieren konnte, verlangte mit zunehmender Intensität die Wiederaufnahme der Eiderpolitik. Eine Teilung des national gemischten Herzogtums Schleswig lehnte man ab und verlangte eine gemeinsame demokratische Verfassung für Königreich und Herzogtum. Vor allem die linksliberale Opposition schrieb sich dies auf ihre Fahnen. Viele Konservative wollten hingegen den Gesamtstaat mit Holstein und Lauenburg bewahren und eine weniger liberale Gesamtstaatsverfassung einführen. Dies wollte auch der holsteinische Adel, und zwar in noch konservativerer Form. Eine gemeinsame Verfassung sollte nach dessen Vorstellungen dem deutschen Element das gleiche Gewicht wie dem dänischen im Gesamtstaat zusichern und Schleswig und Holstein wieder enger miteinander verbinden. Diese Position hatte auch starken Rückhalt im Deutschen Bund. Die liberalen Schleswig-Holsteiner standen unter starkem Druck und konnten im Land wenig ausrichten. Dafür agitierten die zahlreichen Exilanten aller Couleur immer erfolgreicher in der deutschen Öffentlichkeit. Weitere Akteure waren König Frederik VII., der eine Teilung kategorisch ablehnte, und schließlich die europäischen Großmächte, die vor allem Ruhe in der schleswig-holsteinischen Frage wünschten.

Somit stand die dänische Regierung in der Klemme zwischen unvereinbaren Interessengegensätzen. Der Erhalt des Gesamtstaats wäre nur mit deutlichen Rückschritten bei der Demokratisierung in Dänemark machbar gewesen, die Schaffung der Eidergrenze musste zum Krieg mit den deutschen Mächten führen. Die nationalliberale Regierung unter C. C. Hall muss erkannt haben, dass eine Teilung Schleswigs der einzige Ausweg war. Dieser Gedanke kam schon 1848 auf und hatte seinerzeit sowohl in der internationalen Diplomatie als auch bei einigen Nationalliberalen Anhänger-wenn auch nicht als

Ideallösung, dann doch zumindest als geringstes Übel. Vorteile für die Regierung wären das Ende deutscher Einmischung in die dänische Politik, wenn die dänische Krone auf die deutschen Bundes-Länder verzichtete, eine Schwächung der konservativen Kräfte und die Schaffung eines weitgehend einheitlich dänischen Nationalstaats gewesen. Doch wie hätte man diese Lösung durchsetzen können, wenn alle - König und Schleswiger selbst eingeschlossen - dagegen waren?

Der Krieg 1864: Was in Wirklichkeit geschah ...

Im Herbst 1863 glaubte die Regierung, dass der richtige Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Eiderpolitik gekommen war. Die im November angenommene Verfassung sah einen gemeinsamen Reichsrat nur für Dänemark und Schleswig vor. Trotz fortgesetzter innerer Autonomie Schleswigs war dies ein Bruch des Abkommens von 1851/1852, wonach Schleswig nicht enger als Holstein an die Krone gebunden werden durfte. Der Deutsche Bund griff ein, und nachdem Dänemark das preußisch-österreichische Ultimatum, die Verfassung innerhalb von 48 Stunden auszusetzen, abgelehnt hatte, überschritten die Truppen der beiden Mächte am 1. Februar 1864 die Eider. Um dem dänischen Hauptkontingent am Dannewerk in den Rücken zu fallen, griffen die Preußen am folgenden Tag die dänischen Befestigungen am Schleiübergang bei Missunde an. Die dänischen Verbände hielten dem Artilleriebeschuss so gut es ging stand. Die preußische Infanterie konnte nicht nach Angeln übersetzen. Prinz Friedrich Karl gab den Sturm schließlich auf. Deshalb betrachtete die dänische Seite die Schlacht von Missunde als Sieg. Tatsächlich führte dies dazu, dass das dänische Heer sich in der Nacht vom 5. auf den 6. Februar ohne Bedrohung der Flanken vom Dannewerk zurückziehen konnte. Dies war eine Voraussetzung dafür, dass sich die dänischen Truppen bis zum 18. April in den Düppeler Schanzen halten konnten. Dies bedeutete auch, dass die Londoner Friedenskonferenz zu einem späteren Zeitpunkt in Gang kam und erst nach der Schlacht um Düppel stattfand. Diese Niederlage schwächte die dänische Position entscheidend, und die preußische Seite war nach der auch für sie blutigen Schlacht nicht mehr gewillt, einen Frieden einzugehen, der ein größeres Stück von Schleswig unter dänischer Herrschaft beließ. Die Konferenz scheiterte, der Krieg wurde fortgesetzt, und im Frieden von Wien musste Dänemark die Herzogtümer abgeben.

... und was auch hätte geschehen können

Im folgenden Szenario traf Prinz Friedrich Karl bei Missunde die tollkühne Entscheidung für einen massiven Sturmangriff. Zwar hätten seine Truppen erhebliche Verluste erlitten, doch ihre deutliche Überlegenheit wäre ausschlaggebend gewesen. Der Übergang von

ca. 9000 Soldaten wäre für das 38000 Personen starke dänische Heer am Dannewerk äußerst unbequem geworden. Die Bedrohung an der linken Flanke konnte einen planmäßigen Rückzug nicht mehr zulassen, und einem Drittel des in Panik fliehenden Heeres wäre der Fluchtweg abgeschnitten gewesen. An eine effektive Verteidigung von Düppel wäre nicht mehr zu denken gewesen, und die dänischen Truppen hätten sich nach Alsen zurückziehen müssen.

Diese schwere, aber doch keineswegs vollständige Niederlage hätte die dänische Regierung zu einer schnellen Reaktion und der Zustimmung zu der von britischer Seite anberaumten Friedenskonferenz gezwungen. Da der Übergang über den Alsen eine deutlich schwerere Aufgabe war als der über die Schlei, hätte die deutsche Seite der Konferenz zugestimmt. Die Briten hätten (wie in Wirklichkeit) die Möglichkeit der Teilung Schleswigs ins Spiel gebracht. Bismarck hätte (wie in Wirklichkeit) eine Grenze bei Apenrade und Lügumkloster, zumindest aber nördlich von Flensburg und Tondern akzeptiert. Möglicherweise hätte er bei der Konferenz sogar auf Flensburg verzichtet.

Die militärische Niederlage wäre schwer genug gewesen, um die Regierung Monrad zum Rücktritt und Hall wieder an die Macht zu bringen. Anders als der schwache Monrad hätte Hall nun eine so starke Position gehabt, dass er dem neuen König Christian IX. die Zustimmung zur Teilung abringen und der dänischen Öffentlichkeit die Aussichtslosigkeit der Eiderpolitik hätte deutlich machen können. Er hätte (anders als Monrad in Wirklichkeit) den dänischen Delegierten in London freie Hand in der Frage der Landesteilung gegeben (Monrad hätte als äußerstes eine Grenze am Dannewerk akzeptiert).

Die dänischen und deutschen Regierungen wären auf das englische Vermittlungsangebot eingegangen. Das Ergebnis wäre eine Grenze, die größtenteils der Waffenstillstandslinie von 1849 (und der Linie von 1867, die die deutsche von dänischen Mehrheiten bei der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung des Norddeutschen Bundes trennte) entsprach, also Flensburg und das nordwestliche Angeln an Dänemark, Tondern jedoch an Preußen gab. Auf beiden Seiten wären recht kleine nationale Minderheiten zurückgeblieben. Die nationalen Gegensätze wären bald zur Ruhe gekommen, und Dänemark hätte nicht den Rückschlag in der Demokratisierung nach 1864 und den zermürbenden Verfassungskampf erlebt (der in Wirklichkeit bis 1901 dauerte).

Fazit: Hatte Hall die schnelle, aber nicht totale Niederlage mit einkalkuliert?

Ist der Gedanke abwegig, dass die hier beschriebene schnelle, aber nicht totale Niederlage genau das war, womit Hall in den ersten Jahren ab 1860 kalkuliert hatte, als sich der deutsch-dänische Gegensatz erneut zuspitzte? War der von seinen politischen Gegnern innerhalb und außerhalb Dänemarks in die Ecke gedrängte Hall dazu bereit, einen

Krieg mit einer teilweisen Niederlage in Kauf zu nehmen, wenn er damit König und Öffentlichkeit von einer Teilung Schlesiens als einziger Lösung aus der Krise überzeugen konnte? Diesen Gedanken hat Johan Peter Noack bei seinen Studien zu Halls Politik aufgeworfen.⁸ Anhand dieses Beispiels sollte versucht werden, sich dieser These mit Hilfe der kontrafaktischen Methode zu nähern. Inwieweit sie dadurch gestützt wird, mag der Leser für sich entscheiden.

Nordschleswig „heim ins Reich“ 1940

von *RENÉ RASMUSSEN*

Der historische Zusammenhang

In der nationalsozialistischen Propaganda spielten die „ungerechten“ Grenzen des „Diktats“ von Versailles eine große Rolle. Zu ihnen gehörte bekanntlich auch die deutsch-dänische Grenze von 1920. Bald nach der Machtergreifung 1933 nahmen schleswig-holsteinische Nationalsozialisten sie dann auch hart unter Beschuss - der so genannte „Ostersturm“. Die Zentralregierung in Berlin gebot dem jedoch recht diskret Einhalt und bemühte sich seitdem um die Dämpfung grenzkämpferischer Töne. Doch innerhalb der deutschen Minderheit wurde die Überzeugung geweckt, dass sie eines Tages „heim ins Reich“ geholt werden würde. Zwischen 1938 und 1941 annektierte Hitler Gebiete mehrerer Nachbarländer, oft weit über die Grenzen von 1914 hinaus. Nur die dänische Grenze blieb bestehen, auch als Hitler nach dem Sieg im Westen im Juni 1940 die europäischen Machtverhältnisse vollständig umgeworfen hatte. Im Auswärtigen Amt bereitete man im Juni 1940 einige Memoranden zur deutsch-dänischen Grenzfrage vor für den Fall, dass die Angelegenheit auf die Tagesordnung kommen sollte.

Die Grenzfrage 1940: Was wirklich geschah ...⁹

Hitler stellte jedoch keine Gebietsansprüche. Spätestens im Dezember 1940 lag die Grenzfrage bis auf weiteres auf Eis, und Hitler hatte sie offen gelassen. Dafür gab es viele Gründe: Eine Grenzverschiebung hätte die Politik der Zusammenarbeit in Dänemark gefährdet, die Chancen der dänischen Nationalsozialisten auf breitere Unterstützung im Volk wären an den Nullpunkt gelangt, die Idee einer künftigen großgermanischen Gemeinschaft wäre blockiert worden, und die gegenüber der übrigen Welt aufgestellte Behauptung, dass Dänemark nur zum Schutz vor britischen Angriffen besetzt worden war, wäre endgültig unglaubwürdig geworden. Auf deutscher Seite beschloss man

also, die Lösung der deutsch-dänischen Grenzfrage erst nach dem endgültigen Sieg im Krieg zu behandeln. Doch wie bekannt sollte der Krieg einen anderen Verlauf nehmen, als man ihn sich im Jahre 1940 vorstellte.

... und was auch hätte geschehen können

Hätte Hitler einer Annexion Nordschleswigs zugestimmt, wäre diese wohl im Zuge der deutschen Siege im Westen im Juni 1940 durchgesetzt worden. Auf deutscher Seite war man sich damals noch nicht über die Form der in Dänemark zu führenden Besatzungspolitik im Klaren, und auf dänischer Seite war man noch vom Schock der Besetzung gelähmt. Die gerade erst angetretene Sammlungsregierung hätte womöglich weiterhin bestanden, denn dies schien die einzige Möglichkeit zu sein, um noch Schlimmeres zu verhüten. Einen Rücktritt hätte die dänische Öffentlichkeit auf beiden Seiten der neuen Grenze an der Königsau als ein Im-Stich-Lassen auffassen können. Doch eine Grenzrevision hätte wohl von Beginn an nationale Gegenkräfte mobilisiert, so dass die Widerstandsbewegung in Dänemark noch mehr vom rechten Flügel als von Kommunisten dominiert und wesentlich aktiver gewesen wäre.

Die deutsche Politik in Nordschleswig wäre wohl nicht wesentlich anders gewesen als in Eupen-Malmedy, Luxemburg oder Elsass-Lothringen, die de facto 1940 annektiert wurden.¹⁰ Auch die Erfahrungen des Nationalitätenkampfes in Schleswig bis 1920 und die Erfahrungen mit der dänischen Minderheit in Südschleswig ab 1933 hätten die deutsche Politik beeinflusst. Anders als die besetzten Gebiete im Osten betrachtete die NS-Ideologie Nordschleswig nicht als Kolonie mit einer „rassisch unterlegenen“ Mehrheitsbevölkerung. Den „germanischen Brüdern“ sollte ein besonderer Platz im künftigen Großreich zukommen. So hätte man ihnen wohl - sofern in Rest-Dänemark die Zusammenarbeit weiterhin funktionierte - die gleichen Rechte zugestanden wie den dänischen Südschleswigern, die auch nach 1933 ihr Vereinsleben, Schulwesen, Kirchenwesen u.a. fortsetzen konnten.

Die dänischen Nordschleswiger hatten mit der Grenzverschiebung gerechnet. Sie hätten sich ihrer Erfahrungen aus der Zeit vor 1920 erinnert und erneut eine Politik des passiven Widerstands verfolgt. Den im Umgang mit der NS-Herrschaft in einer gleichgeschalteten Gesellschaft erfahrenden Südschleswigern wäre dabei eine Schlüsselrolle zugekommen. Dadurch war man eher noch vorsichtiger mit zu forschen Aktionen und versuchte durch äußere Loyalität die zugestandenen kulturellen Rechte und Freiheiten zu wahren. Sowohl durch die „Tradition“ im Umgang mit der deutschen Macht als auch durch das Fehlen junger Männer, von denen viele an die Front mussten (wie auch junge Männer aus Eupen-Malmedy u.a.), entstand keine wirkliche Widerstandsbewegung wie im Königreich.

Die deutsche Minderheit wäre vollständig gleichgeschaltet worden. Alle Zweige der NSDAP-N wären in die „Mutterpartei“ eingegliedert worden. Die deutschen Nordschleswiger hätten sich ihren Organisationen kaum noch entziehen können. Nordschleswig wäre dem Gau Schleswig-Holstein angeschlossen worden, und Gauleiter Hinrich Lohse hätte die wichtigeren Posten (wie Landräte und Bürgermeister) an seine eigenen Getreuen vergeben, denn diese konnten die Verwaltung schnell nach reichsdeutschem Muster umgestalten. Deutsche Nordschleswiger hätten einige niedrigere Stellen erhalten, doch aus Mangel an geeignetem Personal hätten auch nicht wenige Dänen ihre Posten behalten. Auch hätte Lohse verhindern wollen, dass übereifrige nordschleswigsche Nationalsozialisten zuviel Porzellan zerschlugen, das schwer zu kitten gewesen wäre.

Der Lebensstandard wäre durch die Einführung deutscher Währung, Preise und vor allem durch Rationierungen drastisch gesunken. Am Anfang wären Hamsterkäufe durch „Volksgenossen“ aus dem Süden wahrscheinlich gewesen. Die öffentlichen Schulen wären deutsch geworden, wenn man wohl auch dänische Abteilungen belassen hätte. Die Gleichschaltung der Gerichte hätte den deutschen Nordschleswigern ihre bisherige „Protestkultur“ gegen angebliche Ungerechtigkeiten von Seiten der Behörden schnell abgewöhnt. Nach der Annexion hätte man viele Menschen wegen angeblicher Spionage und deutschfeindlicher Agitation (v.a. Kommunisten, aber auch deutsche Exilanten) verhaftet und ins KZ gesperrt. Etwa 30000 junge Männer hätten in den Krieg ziehen müssen, und (entsprechend der Todesrate der Soldaten aus Eupen-Malmedy) wären 10000 nicht mehr zurückgekehrt.

Als sich das Blatt des Kriegsverlaufs 1942-1943 wendete, hätte sich auch die Stimmung in Nordschleswig gewandelt. Der Glaube an einen deutschen Sieg hätte abgenommen, und auch viele deutsche Nordschleswiger hätten bald erkannt, dass die Realität in der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft nicht ihren früheren Erwartungen entsprach. Zuviel verlangt der totalitäre Staat seinen Bürgern ab. Unterdrückung, Kriegsfolgen, der Tod von immer mehr jungen Männern an der Front, die ohnehin ablehnende Haltung der dänischen Mehrheit gegenüber dem Nationalsozialismus und nicht zuletzt die immer schlechter werdende Versorgungslage, die an die gefürchteten „Kohlrüben-Winter“ des Ersten Weltkriegs erinnerte, hätten die 20 dänischen Jahre in einem neuen Licht erscheinen lassen. Wenn man sich noch etwaige KZ-Außenkommandos in Nordschleswig mit all ihren Grausamkeiten denkt, wäre ein radikaler Gesinnungs-Umschwung am Kriegsende (so wie in Südschleswig) ohne weiteres denkbar. Nach der Kapitulation stellte sich die Grenzfrage erneut. Ob die Grenze an die Linie von 1920 zurückverlegt worden wäre oder angesichts der dänischen Bewegung in Süd-Schleswig noch weiter nach Süden, und wie sich das Deutschtum in Nordschleswig weiter entwickelt hätte, bedürfte eine weiteren kontrafaktischen Untersuchung.

Fazit: Die Belassung der Grenze 1940 verhinderte möglicherweise Schlimmeres für die Minderheit

Das hier vorgestellte kontrafaktische Szenario zeigt, dass ein Ende der Politik der Zusammenarbeit für Dänemark, aber auch für die deutschen Besatzer unkalkulierbare Risiken barg. Noch deutlicher zeigt es aber, dass ausgerechnet die Erfüllung des sehnlichsten Wunsches der deutschen Minderheit, nämlich die Revision der deutsch-dänischen Staatsgrenze schließlich dazu hätte führen können, dass sie am Ende noch größere Verluste hätte verkraften müssen als in Wirklichkeit.

Die Verschiebung der Grenze nach Süden 1946

von *MARTIN KLATT*

Der historische Zusammenhang

Nach dem Zweiten Weltkrieg wünschte ein großer Teil der bisher ganz überwiegend deutsch gesinnten Bevölkerung Südschleswigs die staatsrechtliche Vereinigung mit Dänemark. Zwar hatte die erste dänische Nachkriegsregierung am 9. Mai 1945 erklärt, dass die Grenze zu Deutschland fest liege. Dagegen fand der Wunsch Unterstützung durch eine starke Volksbewegung und viele Politiker in Dänemark. Die Folketingswahl am 30. Oktober 1945 gewann die liberale Partei „Venstre“, welche dann eine Minderheitsregierung unter Knud Kristensen bildete. Diese vermied zunächst eine eindeutige Stellungnahme, wich aber durch eine stärkere Betonung des Selbstbestimmungsrechtes vom Standpunkt der festliegenden Grenze ab. Die beste denkbare Lösung wäre eine Abstimmung nach einem längeren Zeitraum - in offizieller Lesart zur Prüfung der Echtheit der dänischen Bewegung, aber eben auch um eine klare Position zu Südschleswig zu vermeiden. Die britische Besatzungsmacht war jedoch nicht willens, die stetige dänische Einmischung in Südschleswig zu akzeptieren. Am 9. September 1946 wurde Dänemark eine offizielle Note überreicht, welche der dänischen Regierung drei Möglichkeiten in Aussicht stellte: einen „Bevölkerungsaustausch“ oder eine Grenzregulierung entweder mit oder ohne Volksabstimmung.

In Dänemark führte die britische Note zu einer heftigen Debatte: Während die eher links orientierten Parteien strikt dagegen waren, waren die Konservativen und Venstre in der Frage gespalten und wünschten am ehesten eine spätere Abstimmung. Man vermutet jedoch, dass Ministerpräsident Kristensen notfalls auch eine unmittelbare Abstimmung akzeptiert hätte. Doch in der „Oktobernote“ (19.10.1946) erklärte Dänemark, keinen Anspruch auf Südschleswig zu erheben, und betonte das Festhalten am Selbstbestimmungsrecht der Völker. Mit dieser Antwort verlor die dänische Regierung de facto alle

Möglichkeiten, auf die Zukunft Südschleswigs Einfluss zu nehmen. Johan Peter Noack¹¹ und kürzlich Jarvin O. Mellemggaard¹² sind zu der Überzeugung gekommen, dass das britische Angebot einer Grenzverlegung ernst gemeint war und dass es die historische Alternative einer Grenzverschiebung gegeben hat, wenn Dänemark dies gewollt hätte. Diese Frage soll in der folgenden kontrafaktischen Erzählung untersucht werden, die nach der Folketingswahl im Oktober 1945 einsetzt.

Die Grenzfrage ab 1945: Was wirklich geschah ... ¹²

Das britische Foreign Office versuchte wiederholt, in Gesprächen mit dänischen Vertretern die dänische Position zu Südschleswig zu erfahren. Außenminister John Christmas Møller hatte im August 1945 gegenüber dem Leiter des Foreign Office, Orme Sargent, bekräftigt, dass die dänische Regierung immer noch der Auffassung war, dass die Grenze fest liege. Der Direktor des dänischen Außenministeriums, Frants Hvass, hatte im November 1945 erklärt, dass Dänemark keine unmittelbare Abstimmung wünsche, aber vielleicht in 20 Jahren. Am 23. Januar 1946 traf sich der neue Außenminister Gustav Rasmussen mit Orme Sargent. Bei diesem Treffen gaben die Briten zu erkennen, dass sie einem Bevölkerungsaustausch oder einer Grenzregulierung mit oder ohne Volksabstimmung offen gegenüberstanden. Gustav Rasmussen konnte sich nur eine Abstimmung vorstellen, nachdem sich die Verhältnisse in Südschleswig normalisiert hätten. Interessanterweise gab Rasmussen das britische Angebot nicht an seine Regierung weiter, und auch der Gesandte in London, Eduard Reventlow, behielt für sich, was er am 19. April 1946 vom Leiter der deutschen Abteilung des Foreign Office, Jack Troutbeck, zu dieser Sache erfahren hatte. Das Angebot der britischen Septembernote war Außenminister und Botschafter also schon Monate vorher bekannt gewesen.

... und was auch hätte geschehen können:

Nach ihrer Wahlniederlage 1945 richteten viele Konservative ihren Zorn auf Christmas Møller, der die Grenzverschiebung ablehnte. Unter der Führung von Erik Haunstrup Clemmensen, der die Maxime einer offensiven Südschleswig-Politik vertrat, wären sie ebenso in die bürgerliche Regierung eingetreten wie die nationale, der Widerstandsbeziehung nahe stehende Partei „Dansk Sæmning“. Deren Chef Arne Sorensen wäre Südschleswig-Minister geworden, Außenminister aber der Karriere-Diplomat Gustav Rasmussen, um die Opposition zu beschwichtigen. Das kontrafaktische Szenario setzt nun damit an, dass Botschafter Reventlow seine Informationen an Ministerpräsident Kristensen und Südschleswig-Minister Arne Sorensen weitergegeben hätte. Letztgenannter hätte die sofortige Entlassung des Außenministers verlangt und ihn mit Hilfe einer

Medien-Kampagne zu Fall gebracht. Die Presseberichte hätten eine noch breitere und offensive Südschleswig-Debatte forciert. Auch Teile der bisherigen Opposition hätten sich der Forderung nach einer Grenzrevision angeschlossen, selbst die Kommunisten, denn Stalin stand einer Grenzkorrektur verbunden mit der Internationalisierung des Nord- Ostsee-Kanals positiv gegenüber. Der öffentliche Druck hätte zugenommen. Die Bildung einer neuen Sammlungsregierung wäre unausweichlich geworden.

Unter dem neuen grenzrevisionistischen Außenminister hätte man die neuen Richtlinien abgesteckt, die Forderung nach Einverleibung ganz Südschleswigs wegen unabwägbarer Risiken gegen starken Widerstand aber aufgegeben. Nur in Flensburg und den Kreisen Südtondern und Flensburg-Land hätte man eine Volksabstimmung gefordert. Wenn die Abstimmung eine dänische Mehrheit ergäbe, sollte das Gebiet zu Dänemark kommen. Die Bewohner des übrigen Südschleswig sollten innerhalb eines Jahres für Dänemark optieren können. Damit hätten die Südschleswiger nicht zufrieden sein können. Ihnen hätte man Zugeständnisse in der Flüchtlingsfrage und mit der Beschränkung des Abstimmungsrechts auf vor dem 30.1.1933 in Südschleswig ansässige Personen machen müssen.

Die britische Seite wäre damit zufrieden gewesen, dass Dänemark eine vergleichsweise maßvolle Grenzverschiebung wollte, hätte aber Garantien für die Behandlung der Flüchtlinge und für die totale Nichteinmischung südlich der künftigen Grenze sowie eine schnelle Durchführung der Abstimmung verlangt, um den Wiederaufbau des künftigen Bündnispartners nicht zu stören. Trotz der großen Enttäuschung in der dänischen Öffentlichkeit und gegen den Widerstand der dänischen Bewegung außerhalb des Abstimmungsgebiets hätte man diese Lösung als bestmögliches Angebot akzeptiert. Proteste von schleswig-holsteinischer Seite wären mit Hilfen in der Flüchtlingsfrage, wirtschaftlichen Zugeständnissen und der Aussicht auf Selbstverwaltung als Bundesland beruhigt worden. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Unsicherheit um Deutschlands Zukunft wäre der Widerstand der Schleswig-Holsteiner wohl nicht allzu mächtig geworden. Angesichts der damaligen Stimmung hätte die Abstimmung klare dänische Mehrheiten gebracht, so dass die Grenze verschoben worden wäre. Nur ein kleiner Bevölkerungsteil, hauptsächlich Flüchtlinge, hätte im Folgejahr für Deutschland optiert. Die Eingliederung der neuen deutschen Minderheit wäre sicher nicht reibungslos verlaufen - aber das wäre eine andere Geschichte.

Fazit: Die Verlegung der Grenze zur Eider war unrealistisch

Das kontrafaktische Szenario zeigt, wie viele Einzelheiten der faktischen Geschichte hätten anders verlaufen müssen, um zu einer Grenzkorrektur zu kommen, und widerlegt daher die häufig vorgebrachte These von der „verpassten Chance“. Die dänisch-

südschleswigsche Position einer unmittelbaren Grenzverschiebung zur Eider, die dänische Mehrheitsposition, die den Nationalstaat bewahren und keine Risikopolitik führen wollte, und die britische Position, die klare Linien für die Zukunft Deutschlands brauchte und sich jede dänische Einmischung in die Besatzungspolitik verbat, sowie natürlich die schleswig-holsteinische Position waren miteinander kaum vereinbar und standen einer wie auch immer gearteten Grenzrevision entgegen.

Anmerkungen:

- 1 Gregersen, H. V.: Slesvig og Holsten indtil 1830. Kopenhagen 1981, S. 140 ff.
- 2 Es soll im Folgenden nur diese Variante untersucht werden. Die Geburt eines Sohnes vor 1448 hätte wiederum zu einer ganz anderen Situation geführt.
- 3 Den schleswigschen Teil bildeten die Ämter Apenrade, Hütten, Gottorf und das später von diesem abgeteilte Amt Husum sowie die unten erwähnten Landschaften, ab 1581 zusätzlich die Ämter Tondern und Lügumkloster.
- 4 Henningsen, Lars N.: Die Zusammenführung Schlesiws unter dänischer Herrschaft - Idee oder Realität?, in: Henrik Becker-Christensen & Ulrich Lange (red.): Geschichte Schlesiws vom frühen Mittelalter bis 1920. Aabenraa 1998, S. 61-79.
- 5 Den Ämtern beigeordnete Landschaften in Schlesiws waren damals Eiderstedt, Helgoland, Nordstrand, Stapelholm und Fehmarn, während die Landschaften Sylt und Osterland-Föhr dem Amt Tondern unterstanden. Adelige Güter, Klöster und Köge wurden von beiden Landesherrn gemeinsam regiert.
- 6 Als eindrucksvolles Beispiel hierzu siehe die Verhandlungen um die Grenze zwischen Schlesiws und Holstein im Jahre 1851 bei Schlaber, Gerret L.: Die Eidergrenze im 19. Jahrhundert, in: Grenzfriedenshefte 1/2001, S. 17-30.
- 7 Björn, Claus, red: 1848-det masrkelige år. Kopenhagen 1998. Rerup, Lorenz Slesvig og Holsten efter 1830. Kopenhagen 1982.
- 8 Noack, Johan Peter: 1864 - Epoche in der dänischen Geschichte, in: Der deutsch-dänische Frieden von 1864. Kiel 1990, S. 43-53.
- 9 Noack, Johan Peter: Det tyske mindretal i Nordslesvig under besættelsen. København 1974.
- 10 Näheres hierzu bei Schärer, Michael: Deutsche Annexionspolitik im Westen. Stuttgart 1975.
- 11 Noack, Johan Peter: Det sydslesvigske grænsespørgsmål 1945-1947, Aabenraa 1991, insbes. S. 536.
- 12 Mellemggaard, Jarvin: Var en græsenseaendring mulig i 1946?, in: Sønderjyske Årbøger 2001, S. 49-84.
- 13 Vgl. die angeführten Arbeiten von Noack und Mellemggaard.

Das Alsenviertel in Berlin - Spiegel der deutschen Geschichte (1864-2003)

von *KIRSTEN HOFFMANN* und *JÜRGEN KARWELAT*

Am 3. Dezember 2002 eröffnete Bundestagspräsident Wolfgang Thierse in Berlin eine Ausstellung, bestehend aus Fotografien und Dokumenten, über das ehemalige Alsenviertel, das bis 1945 nördlich des Reichstagsgebäudes gestanden hat. Der Name erinnert an die dänische Insel Alsen, deren Eroberung durch preußische Truppen im deutsch-dänischen Krieg 1864 die Niederlage des Königreichs Dänemark besiegelte. Auf einem Teil des alten Stadtteils befindet sich heute das Paul-Löbe-Haus, Teil des neu gebauten Parlaments- und Regierungskomplexes um das Reichstagsgebäude.

Die Ausstellung der Berliner Geschichtswerkstatt (Konzept Kirsten Hoffmann und Jürgen Karwelat) war bis zum 3. Januar 2003 im Paul-Löbe-Haus zu sehen, das vorwiegend Ausschusssitzungen des Deutschen Bundestages dient. Teile der Ausstellung wurden bereits im Herbst 1998 im Museum Schloss Sonderburg unter dem Titel „Preussisk trofæ - Preußische Trophäe“ gezeigt.

Die Fotos der Ausstellung zeigen in beeindruckender Weise den Wandel dieses einst von Diplomaten, Industriellen und Bankiers bewohnten Stadtteils zu einem Trümmerfeld des Zweiten Weltkriegs, zu einer „Spielwiese“ des alten West-Berlin und dem Bauplatz für Parlaments- und Regierungsbauten des wiedervereinigten Deutschland.

Der vorliegende Artikel fasst wesentliche Ergebnisse der Ausstellung zusammen.

Ein neues Stadtviertel entsteht

Reichstagsgebäude, Siegessäule, Krolloper und im Norden die Spree, das waren um 1900 die Eckpunkte und Begrenzungslinien für das repräsentative Alsenviertel, das hier im wesentlichen ab 1870 errichtet wurde. Als es entstand, waren weder der Reichstag am östlichen Ende des Areals noch die Krolloper am westlichen Ende gebaut. Den Großteil des Spreebogens bildete damals ein sandiger Platz, der dem preußischen Militär als Exerzierplatz diente und der im Volksmund „Wüste Sahara“ genannt wurde. Der Platz reichte zum Exerzieren für 300.000 Uniformierte. Ein Teil dieses Areals erhielt am 15.12.1866 den Namen „Königsplatz“, in Erinnerung daran, dass auf diesem Gelände unter vier preußischen Königen die Berliner Regimenter ausgebildet worden waren. Heute ist dieser Bereich der „Platz der Republik“ vor dem 1884-94 errichteten Reichstagsgebäude. Nördlich des Königsplatzes sollte

laut einem königlichen Erlass von 10.1.1867 ein repräsentatives Wohnviertel entstehen.

Bis zu diesem Zeitpunkt befanden sich im Spreebogen vier Holzplätze. Bereits ab 1845 waren die Häuser in dem Block der späteren Roon- und Hindersinstraße entstanden. Ein Holzplatz und Seegers Hof, eine frühere Meierei, hatten weichen müssen. Es handelte sich größtenteils um dreigeschossige Wohnbauten nach Entwürfen der Berliner Architekten Friedrich Hitzig (1811-1881) und Johann Heinrich Strack (1805-1880). Nun wurden auch die anderen Teile des Spreebogens zur Bebauung erschlossen. Die Holzplätze wurden Bauland für Stadtvillen von Bankiers, Fabrikanten, Großgrundbesitzern, Militärs und Neureichen. Später kamen zahlreiche diplomatische Vertretungen dazu. Erst zum Ende des Jahrhunderts wurde die bauliche Entwicklung abgeschlossen.

Warum der Name Alsenviertel?

Wie in anderen deutschen Städten wurden nach dem Sieg gegen Dänemark von 1864 auch in Berlin Straßen nach Kriegsschauplätzen der deutsch-dänischen Auseinandersetzung benannt, um auf diese Weise den Sieg zu feiern. In Berlin erinnerten nicht allein zahlreiche Straßennamen, sondern auch zwei neu entstandene Wohnbezirke an den deutsch-dänischen Krieg und den Übergang der preußischen Truppen nach Alsen: das Alsenviertel im Spreebogen und die ab 1870 errichtete Villen-Colonie Alsen am Wannsee, deren Begründer Wilhelm Conrad 1874 eine Zinkkopie des „Flensburger Löwen“/„Idstedt-Löwen“ in der Kolonie aufstellen ließ. In diesem Stadtteil finden sich noch heute eine Alsenstraße, eine Alsenbrücke und eine Colomierstraße, benannt nach Louis Napoleon Colomier, dem Führer der preußischen Artillerie im deutsch-dänischen Krieg 1864. Das Löwendenkmal wurde 1938 an seinen heutigen Platz am Heckeshorn am Wannsee umgesetzt.

Die Namengebung für das neue Viertel im Spreebogen erfolgte vielleicht im Zusammenhang mit einer Siegesfeier. Nach der Schlacht um die Düppeler Schanzen wurden am 4. Mai 1864, dem sog. Hundertkanonentag, in Berlin die erbeuteten Kanonen und Fahnen präsentiert. Der Paradezug unter dem Kommando des Generalleutnants Hindersin durchquerte das spätere Alsenviertel, um vor dem Brandenburger Tor Aufstellung zu nehmen. Der Schriftsteller Theodor Fontane (1819-1898) hatte als Berichterstatter für eine Berliner Zeitung an dem Krieg teilgenommen und erinnerte in seinem Buch „Der Schleswig-Holsteinsche Krieg im Jahre 1864“ an die Siegesfeier.

Die Straßen des Viertels im Spreebogen erhielten fast alle durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 15. Dezember 1866 ihren Namen:

Alsenstraße

Am 29. Juni 1864 setzten die preußischen Truppen auf die Insel Alsen über und besiegten die dänische Armee, die sich auf die Insel Fünen absetzte. Nach Norden nahm die Straße ihre Fortsetzung mit der zwischen 1858 und 1865 erstmals errichteten Alsenbrücke.

Roonstraße

Die Straße erinnert an Albrecht Graf von Roon (1803-1879), Generalfeldmarschall, preußischer Kriegs- und Marineminister. Die Straße hatte ursprünglich am 6. August 1835 den Namen Schifferstraße erhalten.

Moltkestraße

Auf staatlichem Gelände 1866 angelegt, wurde mit der Namengebung General-Feldmarschall Helmuth Karl Bernhard Graf von Moltke (1800-1891) geehrt, der in den Kriegen 1864, 1866 und 1870/71 als Leiter des preußischen Generalstabs der führende Strategie der preußischen bzw. deutschen Armee war. An der Moltkestraße lag auch das Generalstabsgebäude, in dem Moltke bis zu seinem Tode 1891 lebte und arbeitete. Zu Dänemark hatte Moltke ein besonderes Verhältnis, da er zu Beginn seiner militärischen Karriere bis 1822 fünf Jahre lang in der dänischen Armee gedient hatte und dann wegen fehlender Aufstiegsmöglichkeiten ausgeschieden war.

Herwarthstraße

Generalfeldmarschall Herwarth von Bittenfeld (1796-1884) hatte im deutsch-dänischen Krieg die Leitung eines der drei Armeekorps und war für den Übergang nach Alsen verantwortlich.

Bismarck-Straße

Die Straße erinnerte seit 1866 an den preußischen Ministerpräsidenten und späteren deutschen Reichskanzler Otto von Bismarck (1815-1898), der die Kriege gegen Dänemark, Österreich und Frankreich als Mittel einsetzte, um als sog. kleindeutsche Lösung die Einigung Deutschlands unter Führung Preußens zu betreiben. Am 10.1.1911 wurde die Straße in Fürst-Bismarck-Straße umbenannt (heute heißt die Straße „Otto-von-Bismarck-Allee“).

Hindersinstraße

Seit 1872 trug die Straße den Namen des preußischen Generals Eduard von Hindersin (1804-1872). Hindersin leitete am 18. April 1864 im deutsch-dänischen Krieg

die Beschießung der Düppeler Schanzen. Am 4. Mai 1864 stand er an der Spitze des Paradezuges, der die erbeuteten Kanonen und Fahnen präsentierte. Ursprünglich hieß die Straße seit dem 15. Mai 1852 Seegerhof. Der 1872 gestorbene Artillerie-General von Hindersin wohnte bis zu seinem Tode im Haus Nr. 4a der Straße. Nach seinem Tod wurde die Straße umbenannt.

Kronprinzenufer

Die Straße wurde am 13. Mai 1871 mit Allerhöchster Kabinetts-Ordre nach dem preußischen Kronprinzen Friedrich Karl (1828-1885) benannt. Prinz Friedrich Karl war preußischer Feldmarschall und im deutsch-dänischen Krieg Oberbefehlshaber der preußisch-österreichischen Armee. Unter seiner Leitung unternahmen die preußischen Truppen am 29. Juni 1864 den Übergang auf die Insel Alsen.

Die Siegessäule

Zu dem Alsenviertel gehörte auch die Siegessäule. Der heutige Standort der Siegessäule am „Großen Stern“ an der Straße des 17. Juni ist nicht der ursprüngliche. Bis 1938 stand sie in der Verlängerung der Alsenstraße in der Mitte des damaligen Königsplatzes, dem heutigen Platz der Republik, vor dem Reichstag. Kurz nach Beendigung des Krieges gegen Dänemark hatte im Dezember 1864 der preußische König Wilhelm I. die Anordnung zu ihrer Errichtung aus der Beute des deutsch-dänischen Krieges in Berlin sowie zur Errichtung von zwei weiteren Denkmälern bei Düppel und auf Alsen erlassen. „Düppeldenkmal“ sollte die Berliner Säule heißen, für die am 18. April 1865 auf dem Königsplatz der Grundstein gelegt wurde. Der Zeitpunkt der Grundsteinlegung war bewusst gewählt worden, da er der erste Jahrestag der entscheidenden Schlacht auf den Düppeler Schanzen war. Abgesehen davon, dass erbeutete Kanonenrohre als Zierde verwendet werden sollten, war vieles an der konkreten Ausgestaltung der Säule unklar. So kam es, dass Preußen während der Planung der Säule zwei weitere Kriege siegreich beendete und nach jedem Sieg eine weitere Gründungsurkunde für die Säule erstellt wurde. Die zweite Grundsteinlegung folgte nach dem Sieg gegen Österreich am 26. Oktober 1869. Schließlich gab es zu Silvester 1871 die dritte Grundsteinlegung anlässlich des Sieges über Frankreich. Deshalb erinnert die Säule an die Siege der Preußen gegen Dänemark 1864, gegen Österreich 1866 und gegen Frankreich 1870/71. Die Einweihung am 2. September 1873 fand am sog. Sedantag statt, der bis zum Ende der Monarchie im Jahr 1918 als deutscher Nationalfeiertag begangen wurde. Aus dem ursprünglich geplanten Obelisken war eine 46,14 Meter hohe Säule geworden, die gekrönt war durch eine Siegesgöttin des Bildhauers Johann Friedrich Drake, deren

Siegeszeichen eine Höhe von 61,5 Meter erreichte. Der runde innere Kern des Sockels war durch ein Gemälde in venetianischem Glasmosaik nach Entwürfen des kaiserlichen Hofmalers Anton Werner verziert. Das Thema dieses Mosaiks, das bis heute erhalten ist: Der Überfall auf die Germania durch den gallischen Cäsarismus, die Verbrüderung der deutschen Stämme und die Errichtung des Kaisertums. Am Unterbau befanden sich vier große Bronze-Reliefs, die Szenen aus den drei Feldzügen darstellten: Auszug nach Dänemark und Erstürmung der Düppeler Schanzen, die Schlacht bei Königgrätz, die Schlacht von Sedan und der Einzug in Paris, Rückkehr der siegreichen Truppen nach Berlin.

Bis zum Mai 1938 stand die Säule vor dem Reichstag. Dann war sie den Plänen der Nationalsozialisten zur Umgestaltung Berlins als Welthauptstadt im Wege. Sie wurde in Einzelteile zerlegt und wie die Denkmäler von Bismarck, Moltke und Roon, die um die Siegestsäule postiert waren, an ihren heutigen Standort mitten in den Tiergarten an den „Großen Stern“ versetzt. Um die Proportionen zu verbessern und die Säule zu erhöhen, fügten die Nationalsozialisten ein Trommelement von 7 Metern Höhe hinzu. Mit dem neuen Standort hat die Säule die Beziehung zum Alsenviertel verloren.

Geld, Macht und Kunst im Alsenviertel

Um die Jahrhundertwende hatte sich das Alsenviertel zu einem bevorzugten Wohnviertel der wohlhabenden Berliner entwickelt. Die Adressbücher der damaligen Zeit führen Reichstagsabgeordnete, Fabrikbesitzer, Bankdirektoren, Rittergutsbesitzer, Angehörige des Adels und der Generalität auf. In der Roonstraße 2 und zeitweise in der Alsenstraße 4 wohnte z. B. der ehemalige Staatsminister Rudolf Delbrück, langjähriger Vertrauter und Mitarbeiter Bismarcks, der verantwortlich zeichnete für die Verfassung des zweiten Deutschen Reiches. Der Großwäschereibesitzer Wilhelm Spindler, der Bergwerks- und Stahlwerksbesitzer Henkeil von Donnersmark und der Schokoladenfabrikant Theoder Hildebrand wohnten ebenfalls im Viertel. In der Alsenstraße 3, einem regelrechten Stadtpalais, residierte 1913 der dänische Generalkonsul Paul von Mendelssohn-Bartholdy, Spross der berühmten Bankiersfamilie, aus der auch der Komponist Felix Mendelssohn-Bartholdy hervorgegangen ist. In der Alsenstraße 7 wohnte der frühere Großkaufmann Otto Hermann Mühlberg, über den es hieß, er wäre allein dafür geadelt worden, dass er die lebensgroßen Ölportraits des Kaiserpaars im Vorsaal der Nationalgalerie gestiftet hatte.

Der Brand im Generalstabsgebäude

„Als ich gestern abend um zehn Uhr an meinem Fenster stand und zu Kroll hinüberschaute, bemerkte ich an dem Gebäude einen hellroten Schein. Bengalisches Feuer, dachte ich, empfand aber sogleich die Unwahrscheinlichkeit der Vorstellung, daß man jetzt im Winter daran gehen sollte, Kroll vom Garten aus zu beleuchten. Ein Blick nach links erhellte mir den Zusammenhang. Einige Häuser von mir entfernt schlugen vom mächtigen Generalstabsgebäude breite rote Flammen züngelnd empor, und darüber wirbelte weißlicher Rauch über den Platz, voll sternengleicher, immer höher steigender großer Funken. Ich hatte den Widerschein gesehen, der sich noch schöner in einer langen Fensterflucht eines Hauses in der weiter entfernten Alsenstraße ausnahm: Darin wogte und wehte das Spiegelbild aus Flammen, so daß es aussah, als zöge der Wind an goldbefranzten Purpurgardinen, die an den Fenstern hingen. Ich ging auf die Straße zum Generalstabsgebäude hinüber.“

Georg Brandes, Berlin als deutsche Reichshauptstadt: Erinnerungen aus den Jahren 1877-1883, Berlin 1989, S. 386 f.

Der Däne Georg Brandes (1842-1927) war einer der bekanntesten Literaturhistoriker seiner Zeit. Zwischen 1877 und 1883 hielt er sich mehrfach für längere Zeit in Berlin auf, um für verschiedene skandinavische Zeitungen zu berichten. Seine herrschaftliche Wohnung hatte er im Haus In den Zelten 16 mit direktem Blick auf das Alsenviertel.

Die Nachbarschaft der nahegelegenen Charité und der zahlreichen Theater in der Friedrich-Wilhelm-Stadt auf der anderen Spreeseite führte dazu, dass im Alsenviertel zahlreiche Ärzte und Theaterleute ihren Wohnsitz nahmen. Der berühmte Arzt und Geburtshelfer Adolf Gusserow wohnte in der Roonstraße 4. Der Direktor der Klinik für Haut- und syphilitische Krankheiten, Georg Lewin, lebte in der Roonstraße 8. Der Gründer und Direktor der „Urania“, der Astronom Wilhelm Meyer, wohnte in der Moltkestraße 4. Die Theaterdirektoren Adolf L'Arronge, mit bürgerlichem Namen Adolf Aronsohn, und Oskar Blumenthal hatten ihre Wohnsitze am Kronprinzenufer 11 bzw. in der Roonstraße 5. Blumenthals Werke beherrschten die Bühnen der 1890er Jahre. Der Schwank „Im Weißen Rössl“, den er 1898 mit G. Kadelburg schrieb, wird noch heute in verschiedenen Bearbeitungen in der ganzen Welt gespielt.

Das Haus Roonstraße 9 gehörte lange Zeit dem berühmten Berliner Augenarzt

Albrecht von Graefe, der es verschwenderisch ausgestattet hatte. Der ebenso berühmte Forscher und Universitätsprofessor Louis Lewin, ein führender Toxikologe seiner Zeit, lebte und arbeitete im Hause Hindersinstraße 2.

Einer der berühmtesten Bewohner der Viertels war der preußische Generalfeldmarschall und Chef des Generalstabs der Armee Helmuth Karl Bernhard Graf von Moltke. Er wohnte in einer Dienstwohnung im Generalstabsgebäude, das dort stand, wo sich heute zwischen der Otto-von-Bismarck-Allee und der Paul-Löbe-Allee das Bundeskanzleramt befindet. Die Einweihung der nach ihm benannten Brücke, die das Areal mit Moabit verbindet, erlebte der General nicht mehr, weil er wenige Tage zuvor am 24. April 1891 in seiner Dienstwohnung gestorben war.

Marmortreppen und Rosenholzmöbel

„Diese Gegend ist für mich mit frohen Kindheitserinnerungen verbunden. Wir wohnten im Hause Roonstraße 9. Sein früherer Besitzer, der berühmte Augenarzt Graefe, hatte es mit vielem Aufwand ausgestattet; eine prächtige Marmortreppe führte zu unserem zweiten Stockwerk hinauf; und in diesem befand sich auch ein geräumiger Saal, der aber nicht in „kalter Pracht“ auf Benutzung bei besonders festlichen Gelegenheiten wartete, sondern mit Hilfe der Rosenholz- und Damastmöbel meiner Mutter zu einem schönen und bequemen Wohn- und Musikraum gestaltet war und als solcher den Mittelpunkt sowohl unseres täglichen Lebens wie einer angeregten Geselligkeit bildete. Namentlich musikalische Veranstaltungen, bei denen meist auch die schöne Singstimme meiner Mutter erklang, vereinigten hier einen weiteren Kreis von Freunden und Bekannten. Um meinen Vater gruppierten sich die besten Vertreter des preußischen Offizierskorps, zu denen er selbst und viele unserer Verwandten, wie der spätere General von Fabeck und seine Brüder, gehörten. Auch Paul von Hindenburg, der Vetter meines Vaters, erschien zuweilen. Ab und zu kamen auch Jagdfreunde, wie der Oberjägermeister von Heintze, ostpreußische und schlesische Großgrundbesitzer, wie Fürst Dohna oder Prinz Biron von Kurland, und viele andere mehr.

Auch die Politik spielte eine Rolle, und das namentlich während der Sessionen des Herrenhauses. Mein Großvater, der Botschafter Graf Münster (später Fürst Münster von Derneburg), pflgte dazu von Paris herüberzukommen und dann in unserm Hause zu wohnen.“

Helene Nostitz, Berlin, Erinnerung und Gegenwart, Leipzig und Berlin 1938, S. 173

Helene Nostitz (1878-1944) stammte aus einer Adelsfamilie der Oberlausitz. Sie verbrachte ihre Kindheit in der Roonstraße 9.

Ein Stadtteil der Botschaften

Unmittelbar neben dem Reichstag siedelten sich im neuen Machtzentrum des Deutschen Reiches zahlreiche ausländische Vertretungen an. Die Ungarisch-Österreichische Gesandtschaft hatte lange Zeit ihren Sitz in der Moltkestraße 3. In der Moltkestraße 1 residierte die Persische Gesandtschaft, und in der Alsenstraße 1 gab es die Türkische Botschaft. Für die Roonstraße 12 wurde die Belgische und Brasilianische Gesandtschaft verzeichnet. In der Roonstraße 9 hatten der serbische Gesandte Generalmajor Boghitchevitch und in der Roonstraße 3 der chilenische Gesandte Subercaseaux ihre Wohnsitze.

Auf den Stadtplänen der 20er Jahre konnte man weitere ausländische Vertretungen finden. In der Hindersinstraße 4 war seinerzeit das Japanische Konsulat, das 1937 das „Haus der Kunst“ wurde und in dem 1938 die Ausstellung „Entartete Kunst“ in Berlin gezeigt wurde. Die Schweizerische Gesandtschaft war in der Fürst-Bismarck-Straße 4 und das Spanische Konsulat in der Roonstraße 6. Die linke Seite der Alsenstraße, vom Königsplatz gesehen, befand sich „fest in nordeuropäischer Hand“: in der Nr. 1 die Finnische Gesandtschaft, in Nr. 2 die Norwegische Gesandtschaft und das dazugehörige Generalkonsulat und schließlich das Dänische Generalkonsulat in Nr. 3 a und die Dänische Gesandtschaft in Nr. 4. Norwegen und Dänemark wurden 1920 Eigentümer der Grundstücke.

Ähnliches ist 1999 erneut geschehen. Am südlichen Rand des Tiergartens, im sog. Klingelhöferdreieck, wurden nach einem Gesamtkonzept in einem gemeinsamen Gebäudekomplex die Botschaften von Norwegen, Schweden, Finnland, Dänemark und Island gebaut. Ein Kupferband um die Gebäude schließt das nordische Botschaftsviertel nach außen ab.

Die Zerstörung des Alsenviertels durch die Nationalsozialisten

Schon vor dem Ersten Weltkrieg waren die Planer der Stadt mit der architektonischen Situation im Spreebogen unzufrieden. 1908 lobten zwei Architektenvereine einen Wettbewerb für einen Grundplan für Groß-Berlin aus. Ausgehend von diesem Wettbewerb wurde die Idee einer Nord-Süd-Achse als Verbindung zwischen einem neuen Nord-Kreuzungsbahnhof und einem neuen Südbahnhof entwickelt. Das Alsenviertel war Teil dieser Nord-Süd-Achse. 1927/29 fanden Wettbewerbe für einen Erweiterungsbau des Reichstages statt. Zahlreiche Vorschläge sahen nicht nur die Umgestaltung des Platzes der Republik vor. Die neuen Regierungsbauten sollten sich auch teilweise in das bebaute Alsenviertel erstrecken.

Die Nationalsozialisten betrieben die radikale Weiterentwicklung dieser Ansätze und verwirklichten damit den Untergang des Alsenviertels schon zu „Friedenszeit“.

ten“. Die Häuser des Alsenviertels standen den irrwitzigen Plänen der Nationalsozialisten zur Umgestaltung Berlins als Welthauptstadt „Germania“ buchstäblich im Wege. Die Pläne sahen dort, wo das Alsenviertel stand, eine riesige „Große Halle“ vor, mit einer Höhe von 290 Metern und Platz für 150.000 bis 180.000 Menschen. Der Durchmesser des runden Innenraums sollte 250 Meter betragen. Auf der Kuppelspitze war eine mehrere Meter hohe gläserne Laterne nebst Adler und Hakenkreuz vorgesehen. Kernstück der Umbauplanung für die Stadt war ein monumentales Achsenkreuz, bestehend aus einer Nord-Süd- und einer Ost-West- Achse. Die beiden Straßen sollten südlich des Königsplatzes, nahe dem Brandenburger Tor, aufeinander treffen. Die Sowjetarmee hat an dieser Stelle unmittelbar nach Beendigung des Krieges ihr Ehrenmal im Tiergarten errichtet. Die Ost-West- Achse wurde zu einem wesentlichen Teil fertig gestellt. Am Vorabend von Hitlers

Berliner Kurzberichte - Enteignungsplan für die „Zelte“

„Die Umgestaltung Berlins im Zuge der Nord-Süd-Achse hat am Königsplatz und Humboldt-Hafen die Bereitstellung umfangreichen Geländes für die großen Bauten, namentlich den hochragenden Versammlungsbau, erforderlich gemacht. Der Enteignungskommissar beim Polizeipräsidenten hat vorläufig einen Enteignungsplan aufgestellt, der die meisten Grundstücke der Alsenstraße, der Moltkestraße, des Kronprinzenufers, der Roonstraße, der Hindersinstraße, des Reichstagsufers, des Schlieffen-Ufers, der Straße In den Zelten, des Friedrich-Karl-Ufers und des Alexander-Ufers betrifft. Der Plan liegt bis zum 23. d.M. im Polizeidienstgebäude in der Magazinstraße 3-5 zur öffentlichen Einsicht aus.“

Berliner Lokalanzeiger vom 17. Mai 1938

50. Geburtstag, dem 20. April 1939, wurde der erste ca. 10 Kilometer lange Abschnitt der Ost-West-Achse vom Brandenburger Tor bis zum Adolf-Hitler-Platz (dem heutigen Theodor-Heuss-Platz) übergeben. Die Nord-Süd-Achse wurde dagegen nur in Ansätzen verwirklicht. An den jeweiligen Enden der Achse waren riesige Bahnhöfe geplant. Der Vorplatz des Südbahnhofs sollte 800 Meter lang und 300 Meter breit werden. Daran hätte sich nach Norden ein ca. 120 Meter hoher und 170 Meter breiter Triumphbogen angeschlossen, von dem aus sich eine 7 Kilometer lange Prachtstraße angeschlossen hätte. Hier hätten Regierungsbauten und andere Repräsentationsbauten, z. B. von Wirtschaftsunternehmen, errichtet werden sollen. Dazu war der Abriss von 50.000 Wohnungen geplant. Am nördlichen Ende jenseits des Alsenviertels sollte ein neuer Nordbahnhof gebaut werden, dem ein

1200 Meter langes und 400 Meter breites Wasserbecken vorgelagert sein sollte. Außerdem war die Verlegung der Spree geplant. Sie sollte unterirdisch unter dem Aufmarschplatz südlich der „Großen Halle“, also am Rande des abzureißenden Alsenviertels, verlaufen.

Zur Durchführung der Arbeiten wurde am 30. Januar 1937 der 32-jährige Architekt Albert Speer zum „Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt Berlin“ ernannt. In seinen Kompetenzen war er einem Minister gleichgestellt und der Stadtverwaltung übergeordnet. Ein spezielles Gesetz sah die Enteignung der für die Umgestaltung Berlins notwendigen Grundstücke vor. Mit den Staaten, deren diplomatische Vertretungen sich im Viertel befanden, einigte sich das Deutsche Reich jedoch durch Überlassung von Ersatzgrundstücken am südlichen Rand des Tiergartens. Dänemark und Norwegen verlegten z.B. ihre Botschaften 1940 in die heutige Thomas-Dehler-Straße und in die Drakestraße. Andere Eigentümer, wie Elsa Mendelssohn-Bartholdy aus der Alsenstraße 3, verkauften ihr Haus angesichts der drohenden Enteignung.

Die Abrissarbeiten begannen 1938 und zogen sich, mit einer kurzen Unterbrechung zu Beginn des Krieges 1939, bis zum Jahr 1941 hin. Die ersten Häuser wurden in der Roon- und Hindersinstraße und am Reichstagsufer abgetragen. In der Verlängerung dieses Blocks nach Westen wurden Teile des geplanten Spreedurchstichs zwischen Reichstag und der „Großen Halle“ verwirklicht. Ein „Teich“ wurde nach dem Zweiten Weltkrieg wieder zugeschüttet. Die Gebäude wurden nicht einfach gesprengt, sondern wegen der Materialknappheit regelrecht ausgeschlachtet. Wiederverwendbare Materialien wie Türen, Fenster und Parkettböden wurden entnommen und dann die Häuser Mauer für Mauer abgebaut. Gleichzeitig wurde für die „Große Halle“ Granit und Marmor in halb Europa aufgekauft. Die Arbeiten kamen nur langsam voran, so dass die Nationalsozialisten nur einen Teil des Alsenviertels zerstört hatten, als die alliierten Bomben auch auf diesen Stadtteil fielen und ihn endgültig vernichteten. Auch die Kämpfe zum Ende des Zweiten Weltkriegs Ende April 1945 haben dem Viertel schweren Schaden zugefügt. Die sowjetischen Truppen hatten sich zum Ziel gesetzt, das Symbolgebäude Reichstag bis zum 1. Mai 1945 erobert zu haben. Dagegen leistete eine größere Gruppe deutscher Soldaten im zerschossenen Gebäude heftigen Widerstand. In der Schweizerischen Botschaft harrten einige Botschaftsangehörige und deutsche Angestellte bis zum Kriegsende aus.

Das Logenfenster der Schweizerischen Botschaft

„Die Gesandtschaft ist seit fünfzehn Stunden in ein Kriegslager umgewandelt. Durch die Bresche in der Mauer kommen und gehen die russischen Soldaten; sie

tragen Kriegsmaterial herbei, und Brot und Wein. Immer noch meiden sie die Frontseite. Seit letzter Nacht ist das Hauptportal nicht wieder geöffnet worden. Am Logenfenster und im Hof stehen russische Wachtposten, und über der Garage im Hinterhaus bedienen Telephonsoldaten den Apparat.

Dumont hat gegen die Besetzung des Hauses wiederholt mit seiner ganzen Redekunst protestiert; doch die Macht seiner Rede war wirkungslos, und eine andere Macht steht ihm nicht zur Verfügung. Der Leutnant hat zwar stets aufmerksam, verständnisvoll und scheinbar wohlwollend zugehört. Indes brachte nicht einmal der frohe Besuch zweier Hauptleute und eines Obersten, denen Dumont die Lage und die Schwierigkeiten eindringlich auseinandersetzte, die geforderte Räumung. Auch hier befiehlt der Stärkere!

Ein heller Frühlingstag, fürwahr! - Aus dem Tiergarten und aus den Ruinen kommt Leichengeruch herüber. An der Ecke steht der zerschossene Panzerwagen und nicht weit davon entfernt ein zweiter. Die russische Artillerie ist wieder rege, wenn auch nicht so intensiv wie in den letzten Tagen und Stunden, und in ihrem Schatten nimmt der Nahkampf seinen grauenhaften Fortgang. Zeitweise tauchen russische Flieger am nahen Horizont auf und verschwinden so schnell, wie sie gekommen. Dann und wann knallt ein Karabiner.“

Paul David, Am Königsplatz, Zürich 1948, S. 112

Paul David war ein Angestellter der Schweizerischen Botschaft, der seine Erinnerungen an die letzten Wochen in der Schweizerischen Botschaft bis Mitte Mai 1945 unter Pseudonym veröffentlichte.

Trümmer, Löwenzahn und Fußballplatz

Nach dem Zweiten Weltkrieg war das ehemalige Alsenviertel ein einziges Trümmerfeld. Das, was die Nationalsozialisten bei ihren Abrissarbeiten übrig gelassen hatten, war fast vollständig zerstört. Kein Haus war ohne Treffer geblieben. Allein das Haus der Schweizerischen Botschaft, das Generalstabsgebäude und die sog. Krolloper waren als nutzbare Halbruinen stehen geblieben. Bis Anfang der fünfziger Jahre wurde das Gelände enttrümmert. Die Reste der Häuser des Alsenviertels wurden gesprengt und die Steine auf Grund einer Ermächtigung der Alliierten Kommandantura vom 6.11.1946 zur Hälfte für die Stadt requiriert, um vordringliche Bauvorhaben zu verwirklichen. Nachdem 1950-1952 die provisorisch instandgesetzte Ruine der Krolloper und 1958 die Reste des Generalstabsgebäudes gesprengt worden waren, blieb als einziges Gebäude des Alsenviertels die Schweizerische

Gesandtschaft übrig. Anfang der 60er Jahre wurden die letzten nicht mehr sichtbaren Reste des alten Alsenviertels beseitigt. Die Kellerräume der Häuser wurden entfernt und die Hohlräume bis in Gehweghöhe mit Feinschutt aufgefüllt.

Das Alsenviertel begann sein Leben als weite Grünfläche am Rande des Tiergartens. Einige Kanaldeckel und wenige Büsche und Bäume ließen den Verlauf der beseitigten Straßen erkennen. Das alte Nobelviertel war Fußballplatz, Grillwiese und Hundeauslaufgebiet geworden. Auf der früheren Roonstraße entstand der Parkplatz für die Besucher des Reichstagsgebäudes, und an der Moltkestraße gastierte zuweilen ein Zirkus. Am alten Kronprinzenufer parallel zur Spree verlief eine Asphaltstraße, auf der die britischen Armeefahrzeuge ihre Patrouille an der Grenze zu Ost-Berlin machten. Direkt an der Mauer neben dem Reichstag war eine kleine Gedenkstätte aus Kreuzen für Maueropfer.

„Alsenblock“ - zur Bauzeit kehrte ein Name zurück

Mit dem Untergang des alten Alsenviertels im Zweiten Weltkrieg geriet auch der Name des Viertels in Vergessenheit. Nur Experten wussten noch, dass im Spreebogen nahe dem Reichstag das einst vornehme Alsenviertel gestanden hatte. Für den Bau des Paul-Löbe-Hauses kehrte der Name in den Spreebogen zurück. Am 20. Juni 1991 hatte sich der Deutsche Bundestag nach einer leidenschaftlichen Debatte für die Verlegung von Regierung und Parlament nach Berlin entschieden. Den Wettbewerb für ein Gesamtkonzept des neuen Regierungs- und Parlamentsviertels um den Reichstag gewann 1993 das Architekturbüro von Axel Schultes und Charlotte Frank mit dem Vorschlag, Regierungs- und Parlamentsbauten in einem „Band des Bundes“ quasi als bindendes Glied zwischen Ost- und West-Berlin, bzw. Ost- und Westdeutschland zu errichten.

Einen Teil des Bandes bildete der sog. Alsenblock, ein Gebäudekomplex, der nördlich des Reichstags auf dem Areal der früheren Hindersin- und Roonstraße und des Kronprinzenufers entstand. Im Oktober 1994 hatte der Münchener Architekt Stephan Braunfels den ersten Preis des Realisierungswettbewerbs für diesen Teil der Parlaments- und Regierungsbauten gewonnen. Einer Tradition der Architekten folgend, wurde zur Bezeichnung der Baustelle der alte Name des Geländes, Alsen, wieder aufgenommen.

Das Band der Bebauung zieht sich bis zum Neubau des Bundeskanzleramts, dort, wo einst das Generalstabsgebäude gestanden hat, und springt über die Spree zum sog. Kanzlergarten. Damit ist nur ein kleiner Teil des ehemaligen Alsenviertels neu bebaut worden. Der Großteil des Areals, auf dem einmal die mondänen Häuser der

Alsenstraße, der Herwarthstraße, der Fürst-Bismarck-Straße, der Roonstraße und des Kronprinzenufers standen, wird wieder Grünfläche werden. Unter einem Teil der zukünftigen Grünfläche verbirgt sich eines der größten Bauobjekte Berlins: der 2,9 km lange Tiergartentunnel, ein 4,5 Mrd. DM teures Großprojekt, bestehend aus Tunnelröhren für den Eisenbahn- und Autoverkehr und für eine U-Bahnlinie. Der Tunnel unterquert den Tiergarten und das ehemalige Alsenviertel in Nord-Süd-Richtung. Frühestens im Mai 2006 soll er in Betrieb genommen werden.

Das Paul-Löbe-Haus

Das Paul-Löbe-Haus wurde im Herbst 2001 bezugsfertig. Das Gebäude dient in erster Linie den Ausschüssen des Deutschen Bundestages, dem Besucherdienst und der Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages. Es hat ca. 1000 Räume, ist 23 Meter hoch und etwa 200 Meter lang. 23 Sitzungssäle für die Parlamentsausschüsse befinden sich im Haus. 170 Abgeordnete der CDU/CSU und der SPD haben hier ihre Büros, außerdem gibt es 450 Büros für die Sekretariate der Bundestagsausschüsse. Von zwei Restaurants am östlichen Ende des Gebäudes können die Gäste auf die Spree blicken. Das Paul-Löbe-Haus hat insgesamt eine Nutzfläche von 35.000 Quadratmeter.

Imposant ist die große Halle in der Mitte der beiden Gebäudetrakte. Ein Haus mit Transparenz und Offenheit wollte der Architekt schaffen. Dies hat u.a. zu offenen Stockwerken, breiten Glasfronten an den West- und Ostseiten, zu gläsernen Fahrstühlen und gewagten Treppenaufgängen geführt.

Namensgeber für das Haus ist Paul Lobe, Mitglied des Reichstags für die SPD und von 1920 bis 1932 Reichspräsident, in der Nazi-Zeit Widerständler und nach dem 2. Weltkrieg Alterspräsident des Deutschen Bundestages. Er starb mit 91 Jahren im Jahre 1967. Die Einweihung des Hauses fand am 15.10.2001 in Anwesenheit von Werner Lobe, dem Sohn von Paul Lobe, statt.

1997 hatte die bündnisgrüne Bundestagsfraktion den Namen Robert-Havemann-Haus vorgeschlagen, um auch einen Repräsentanten der DDR-Demokratie-Bewegung zu ehren.

Auf der gegenüberliegenden Spreeseite entsteht das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, in dem die Bibliothek des Bundestags untergebracht werden soll.

Das Bundeskanzleramt - ein Gebäude auf geschichtsträchtigem Gelände

Am 30. April 2001 bezog Bundeskanzler Schröder das neu errichtete Bundeskanzleramt im Spreebogen, Willy-Brandt-Straße 1.

Die Pläne für das Gebäude, dessen Errichtung 240 Mio. Euro gekostet hat, stammen von den Berliner Architekten Axel Schultes und Anette Frank. Das Gebäude hat auf 8 Stockwerken eine Nutzfläche von 19.000 Quadratmetern. In den 370 Büroräumen arbeiten 510 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nicht ohne Grund erinnert das Haus, für das die Berliner besonders wegen der halbrunden Öffnung des Mittelteils schnell den Spitznamen „Kanzlerwaschmaschine“ gefunden hatten, an orientalische Bauten. Architekt Schultes hat Elemente arabischer Bauweise in das Gebäude einfließen lassen.

Das Bundeskanzleramt ist auf einem Gelände mit wechselhafter Geschichte gebaut worden: Zwischen 1867 und 1871 errichtete hier der preußische Staat das Dienstgebäude für den Generalstab der preußischen Armee. Das riesenhafte Gebäude beherbergte nicht nur Büroräume, sondern auch eine kriegsgeschichtliche Abteilung, Archive, Kartenabteilungen, eine Druckerei und eine Buchbinderei, außerdem eine Reitbahn mit Stallgebäuden. Im ersten Stockwerk befand sich, wie oben bereits erwähnt, die Dienstwohnung des Chefs des Generalstabs mit einer 30-Fensterfront. Generalfeldmarschall Moltke hat in dieser Wohnung bis zu seinem Tode am 24. April 1891 gelebt. Hier wurden die strategischen Pläne für den Krieg gegen Frankreich 1870/71 und für den Ersten Weltkrieg geschmiedet. Während des Dritten Reiches war das Gebäude Sitz des Innenministeriums des Reichs und von Preußen. Zwischen 1943 und 1945 war Heinrich Himmler, Reichsführer der SS und Chef der deutschen Polizei, zusätzlich Reichsinnenminister und damit Hausherr des Gebäudes. Die sowjetischen Soldaten nannten den Gebäudekomplex deshalb während seiner Eroberung am 28. April 1945 das „Haus Himmlers“. Von diesem Gebäude griffen die sowjetischen Truppen schließlich das Reichstagsgebäude an. Nach 1958 wurden die Reste des Generalstabsgebäudes gesprengt. Jahrzehnte war auch diese Grünfläche buntes Terrain für Grillparties oder Fußballspiele. Am 28. Oktober 1987 kam der damalige Bundeskanzler Kohl auf das Gelände und legte den Grundstein für ein Deutsches Historisches Museum. Zur Ausführung dieses Kanzlergeschenks anlässlich der 750-Jahr-Feier Berlins kam es aber nicht mehr, da bald darauf die deutsche Einheit erfolgte. Der Grundstein für das damals in Berlin umstrittene Museumsprojekt wurde noch Jahre später von der Polizei bewacht, bis Kanzler Kohl am 16. Januar 1992 erklärte, dass an dieser Stelle nicht ein Museum, sondern das Bundeskanzleramt gebaut werden solle. Der Grundstein für das Museum verschwand danach sang- und klanglos.

Die alten und neuen Straßennamen im Spreebogen

Erinnerte das alte Alsenviertel mit seinen Straßennamen an den deutschen Sieg

über Dänemark 1864, so spiegelt die Namengebung zu Beginn des 21. Jahrhunderts die deutsche Geschichte seit der Revolution von 1848 wider. Auseinandersetzungen um Straßennamen haben in Berlin Tradition und sind immer Teil einer größeren politischen Auseinandersetzung gewesen. Dies wird bei der wechselvollen Namengebung des heutigen „Platzes der Republik“ deutlich. Nach der Revolution 1918 führten Republikaner und Sozialdemokraten auf der einen und Konservative und Monarchisten auf der anderen Seite Grabenkämpfe um jeden Namen und um jede „kaiserliche“ oder „königliche“ Schule. Im sozialdemokratischen „Vorwärts“ erschien wöchentlich die Rubrik „Sie schlafen noch“, in der über monarchistische Überbleibsel berichtet wurde. Am 2. Februar 1926, immerhin 7 Jahre nach Ende der Monarchie, brachte der SPD-Abgeordnete Czempinski eine Vorlage zur Umbenennung des „Königsplatzes“ in „Platz der Republik“ ein. In der Debatte am 2. und 4. Februar 1926 schlugen die Kommunisten u.a. „Platz der Revolution“ vor. Die Deutschnationalen lehnten jede Änderung ab. Bei der Abstimmung erhielt der „Platz der Republik“ die notwendige Mehrheit. Die Umbenennung wurde im August 1926 vollzogen. Die Nationalsozialisten machten die Umbenennung mit Wirkung vom 25. März 1933 sehr schnell rückgängig. Die neue deutsche Demokratie nach 1945 ließ sich hingegen Zeit mit der Rückbenennung. Am 17. Juni 1948 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung von Tiergarten die Rückbenennung des „Königsplatzes“ in „Platz der Republik“. So heißt der Platz vor dem Reichstag, der inzwischen wieder u.a. als Fußballplatz mit Reichstagskulisse genutzt wird, bis zum heutigen Tag.

Im Jahr 2003 finden sich um den Platz der Republik und das Reichstagsgebäude Straßennamen, die die wechselvolle Geschichte Deutschlands der letzten 160 Jahre widerspiegeln. Folgende Personen sind durch einen Straßennamen geehrt: Heinrich von Gagern (1799-1880, erster Präsident der Nationalversammlung von 1848), Eduard Martin von Simson (1810-1899, Nachfolger von Heinrich von Gagern, Präsident des Deutschen Reichstags 1867-1873), Otto von Bismarck (1815-1898, Reichskanzler von 1871 bis 1890), Philipp Scheidemann (1865-1939, erster Ministerpräsident der Weimarer Republik), Friedrich Ebert (1871-1925, 1919 bis 1925 Reichspräsident), Paul Lobe (1875-1967, Reichstagspräsident von 1920 bis 1932), Konrad Adenauer (1876-1967, Bundeskanzler von 1949 bis 1963), Ludwig Erhard (1897-1977, Bundeswirtschaftsminister von 1949 bis 1963, Bundeskanzler von 1963 bis 1966), Willy Brandt (1913-1992, Bundeskanzler von 1969 bis 1974, Friedensnobelpreisträger).

Literaturhinweise:

- Inge Andriansen und Henrik Fangel, Das wechselvolle Schicksal nationaler Denkmäler. Die Düppel-Reliefs in Berlin und Sonderburg, in: Grenzfriedenshefte 2/1988
- Michael S. Cullen, Platz der Republik - Vom Exerzierplatz zum Regierungsviertel, Ausstellungskatalog des Landesarchivs Berlin, Berlin 1992
- Jürgen Karwelat, Alsen in Berlin - und mittendrin die dänische Botschaft, in: Der Nordschleswiger, 19. Februar 1994
- Jürgen Karwelat, Die Zerstörung des Viertels begann zu „Friedenszeiten“, in: Die Tageszeitung, 20. Mai 1994
- Jürgen Karwelat, Düppel in Bruchstücken, in: Der Nordschleswiger vom 17. April 1993
- Harald von Koenigswald, Das verwandelte Antlitz, Berlin 1938
- Helene Nostitz, Berlin - Erinnerung und Gegenwart, Leipzig und Berlin 1938
- Wolfgang Schäche, Architektur und Stadtplanung während des Nationalsozialismus am Beispiel Berlin, in: Von Berlin nach Germania, Ausstellungskatalog des Landesarchivs Berlin, Berlin 1984
- Claudia Schwartz, Das Haus im Nachbarland. Die Schweizerische Botschaft im Berliner Regierungsviertel, Berlin 2001
- Hermann Vogt, Die Straßen-Namen Berlins, in: Schriften des Vereins für die Geschichte Berlins, Heft XXII., Berlin 1885
- Adolf von Wilke (Pseudonym, eigentlich L. Nordegg), Alt-Berliner Erinnerungen, Berlin 1930

Bilder erzählen Geschichte(n)

Dokumente jüdischen Lebens aus der Provinz

von *BERND PHILIPSEN*

Die Fotos ähneln sich auf den ersten Blick sehr, aber zwischen den Momenten, die sie abbilden, liegen wahre Welten: Die eine Aufnahme stammt aus dem Jahre 1918 und zeigt im großbürgerlich mit Vitrine, Blumenständer und Klavier eingerichteten Salon die Flensburger Bankiersgattin Cora Lazarus mit ihren beiden älteren Töchtern Ellie und Annie beim geselligen Plausch. Das andere Bild entstand 1942 auf dem Höhepunkt der nationalsozialistischen Judenverfolgung in der Berliner Laubenkolonie namens „Gemütlicher Hase“. Ein Gartenhäuschen diente dem sogenannten „U-Boot“ Wally Gortatowski aus Rendsburg als retten des Versteck. Sie versuchte, sich in diesen langen Monaten der Illegalität bis zur Befreiung im Mai 1945 einen Rest von Normalität zu bewahren, indem sie in den abgedunkelten, schlichten Raum mit einem Blumenstrauß und einer bunten Tischdecke etwas Farbe brachte und sich in den einsamen und angsterfüllten Stunden mit einer Lektüre ablenkte. Zwei Fotodokumente, die ganze Geschichten erzählen, beglückende und - vor allem - bedrückende.

Nach langjährigen Recherchen haben Prof. Dr. Gerhard Paul und Dr. Bettina Goldberg von der Universität Flensburg - beide Wissenschaftler zählen zu den bedeutendsten Kennern der jüdischen Geschichte Norddeutschlands - unter dem Titel „Matrosenanzug - Davidstern: Bilder jüdischen Lebens aus der Provinz“ (356 Seiten mit 600 Abbildungen, 50 Euro, Wachholtz-Verlag, Neumünster) eine Bilddokumentation vorgelegt, die auf dem deutschen Buchmarkt Maßstäbe setzt. Das betonte Dr. Stefanie Schüler-Springorum, die Leiterin des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden in Hamburg, anlässlich der Präsentation dieser außergewöhnlichen Neuerscheinung im traditionsreichen Gebäude der ehemaligen Bibliothek Aby Warburgs. Dr. Ingmar Ahl, Programmleiter Wissenschaft der ZEIT-Stiftung, zitierte in diesem Zusammenhang die in der israelischen Mahn- und Gedenkstätte Yad Vashem eingemeißelte jüdische Weisheit: „Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.“ Gerne habe die Stiftung dieses Buchprojekt gefördert, sei es als Erinnerungsarbeit doch auch diesem Diktum verpflichtet.

Juden allerdings einzig aus der Perspektive der Verfolgung zu betrachten, sie auf den Status von Opfern, Gedemütigten und Stigmatisierten zu reduzieren, werde der

historischen Wahrheit nicht gerecht, betonten die Autoren dieses bemerkenswerten Bandes. Es müsse daher immer wieder darauf hingewiesen werden, dass Juden vor 1933 und in den ersten Jahren nach 1945 eine eigenständige, differenzierte Minderheitenkultur bildeten und dass es zudem selbst unter dem Hakenkreuz für eine gewisse Zeit noch ein von Verantwortung und Selbstbehauptungswillen geprägtes jüdisches Leben gab. Zu dokumentieren, dass dies auch abseits der wenigen Metropolen galt, sei ein Anliegen dieser Arbeit. Damit werde zugleich der Versuch unternommen, die Vielfalt jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein für die Zeit vom Kaiserreich, als auch in patriotisch gesinnten jüdischen Familien die Kinder in Matrosenanzüge gesteckt wurden, bis in die frühen Nachkriegsjahre, als der blaue Davidstern zum Symbol des Aufbruchs und der Hoffnung wurde, anschaulich darzustellen.

Die chronologisch gegliederte Bild-Text-Dokumentation umfasst eine zeitliche Spanne von fast 140 Jahren - von der Aufnahme eines Flensburger Ehepaares in den 1860er Jahren bis zu einer Fotografie von einer jüdischen Hochzeit 1960 in Lübeck. In einem aktuellen Anhang stellen die Autoren jene jüdischen ehemaligen Schleswig-Holsteiner vor, denen sie während ihrer Recherchen noch selbst begegnet sind. Auf 600 größtenteils bisher unveröffentlichten Abbildungen wird ein Blick auf den Alltag der Juden geworfen, auf ihr Gemeinde- und Vereinsleben, ihren Berufsalltag und ihre Feiertagskultur. Auch Aspekte der Ausgrenzung und Verfolgung in der NS-Zeit sowie der Flucht und des Neuanfangs in der Emigration werden dokumentiert.

Die einzelnen Kapitel werden von instruktiven Texten eingeleitet. Die Verfasser behandeln die jeweiligen Themen mit beeindruckender Kompetenz und haben bei der Auswahl und der Zusammenstellung der Fotodokumente eine hohe Sensibilität und einen geschulten Blick bewiesen. Obwohl die präsentierten Abbildungen aus insgesamt nahezu 80 Beständen von Museen, Archiven und Institutionen sowie Sammlungen von Privatpersonen aus Deutschland, Israel, Großbritannien, den USA, Australien und Argentinien zusammengetragen wurden, besticht das Buch durch seine Dichte und Geschlossenheit.

Ergänzt wird die fotografische Zeitreise durch acht exemplarische Familiengeschichten, die jeweils in Form eines kleinen eigenständigen Fotoalbums ausgebreitet werden und damit die allgemeine Geschichte konkretisieren und differenzieren. Dabei geht es beispielsweise um die Kieler Rabbinerfamilie Posner, deren Flucht über Belgien 1934 nach Palästina führte, die Lübecker Kaufmannsfamilie Hofmann, die sich nach Chile rettete, die Flensburger Bankiersfamilie Lazarus, die ebenfalls durch Vertreibung und Flucht nach Dänemark sowie Deportation nach Auschwitz zerstört wurde, und die Rendsburger Familie Gortatowski, von der nur Tochter Wally

durch ihren Weg in die Illegalität dem Holocaust entging. Über 1000 Juden aus Schleswig-Holstein gelang dies nicht: Sie wurden Opfer von Massenerschießungen, wurden in Gaskammern getrieben oder nahmen sich angesichts der bevorstehenden Deportation das Leben. Ihre Namen werden auf drei engbedruckten Buchseiten als mahnende und schmerzliche Gedenkliste veröffentlicht.

Nach dem 1000seitigen Sammelband „Menora und Hakenkreuz“ (1998) - mittlerweile ein Standardwerk zur Geschichte der Juden in Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona im zwanzigsten Jahrhundert - und der Edition der Briefe der jüdischen Schwestern Bertha und Dora Lexandrowitz aus Lübeck aus den Jahren 1939 bis 1941 unter dem Titel „Hoffentlich klappt alles zum Guten ...“ (2000) ist „Matrosenanzug - Davidstern“ der dritte Band in der von Gerhard Paul im Wachholtz-Verlag begründeten und herausgegebenen Reihe „Quellen und Studien zur jüdischen Bevölkerung Schleswig-Holsteins“.

Die mit Abstand bedeutsamste jüdische Gemeinde im einstigen Herzogtum Schleswig war jene in Friedrichstadt, einem Ort, der sich über Jahrhunderte durch seine besonders ausgeprägte religiöse Toleranz auszeichnete. Dieses friedliche Neben- und Miteinander fand in der Nacht des Novemberpogroms 1938 ein jähes Ende, als die jüdischen Nachbarn, ihre Wohnungen und Geschäfte Opfer von Nazi-Schergen wurden. Die junge Leipziger Historikerin Dorothea Kaiser hat die Geschichte der jüdischen Gemeinde in Friedrichstadt zum Thema ihrer Dissertation gemacht. Ihre - noch nicht abgeschlossene - Arbeit könnte der nächste Band in der von Gerhard Paul betreuten Schriften-Reihe sein.

Dabei wird sie dann sicherlich auch die Lebens- und Leidensgeschichte der Familie Heymann berücksichtigen, die in dem Buch von Goldberg und Paul bereits in Text und Bild dargestellt wird. Neben Beruf und Einsatz für die jüdische Gemeinde hatten sich die Heymanns, eine Kaufmannsfamilie, im besonderen Maße im gesellschaftlichen und politischen Leben ihrer Heimatstadt engagiert. Adolf Heymann gehörte der Ringreitergilde an, war als Schöffe ehrenamtlich tätig und zog als begeisterter Patriot während des Ersten Weltkrieges an die Front. Doch auch die zuvor vielgepriesene religiöse Toleranz von Friedrichstadt geriet ins Wanken und schließlich auf eine abschüssige Bahn, als 1933 Antisemitismus und Rassenhass in Deutschland zur Staatsdoktrin erhoben worden waren. Das in der Pogromnacht vom 9./10. November 1938 demolierte Firmenschild von Adolf Heymann wurde nach dem Kriege wiederentdeckt. Es gilt heute als ein ausdrucksvolles Symbol für ein von Nazi-Horden angerichtetes, riesiges Trümmerfeld. So ist in dem Kapitel „Die Zeit der Verfolgung“ neben Aufnahmen von verwüsteten Synagogen und zertrümmerten Wohnungseinrichtungen auch ein Foto von dem zersplitterten Emailleschild Heymanns zu finden. Dass in dieser Nacht des Schreckens aber mehr zu Bruch ging als

Fensterscheiben und Möbelstücke, verdeutlicht diese ungewöhnliche Dokumentation auf eindringliche Weise.

Die Last der Geschichte

Ansprache beim 139. Oeversee-Marsch

von *KRESTEN PHILIPSEN*

Alljährlich am 6. Februar organisiert das „Stammkomitee von 1864“ einen Fußmarsch von Flensburg nach Oeversee, um an die Schlacht zwischen Dänen und Österreichern 1864 und besonders an die humanitäre Haltung Flensburger und Schleswiger Bürger zu erinnern, die sich aufmachten, um die 445 Verletzten und 135 Toten beider Seiten zu versorgen.

Vor mehr als 500 Teilnehmern hielt im Jahre 2003 erstmals ein Däne die zentrale Ansprache am Österreicher-Denkmal in Oeversee: Sønderjyllands ehemaliger Amtsbürgermeister Kresten Philipsen, der in den 90er Jahren zu den wichtigsten Wegbereitern der engeren dänisch-deutschen Zusammenarbeit in der Region Sønderjylland/Schleswig gehörte.

Philipsens Sicht der gemeinsamen deutsch-dänischen Vergangenheit ist nicht zuletzt von den nationalistischen Anfeindungen geprägt, denen er sich als Amtsbürgermeister durch einige seiner Landsleute ausgesetzt sah. Um so größer war der Zuspruch, den er für seine Ausführungen in Oeversee erhielt. „Einen so starken Applaus hat es noch nicht gegeben“, bemerkte Hans Dethleffsen, Vorsitzen der des „Stammkomitees von 1864“.

Auf vielfachen Wunsch geben wir Kresten Philipsens Ansprache in den Grenzfriedensheften wieder - und stellen seine zum Teil provokanten Thesen damit zur Diskussion.

Die Redaktion

Über die Einladung, hier heute sprechen zu dürfen, habe ich mich gefreut - und /war aus mehreren Gründen. Zum einen wurde mir die Einladung von meinem ersten Gesprächspartner in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, dem ehemaligen Kreispräsidenten Andreas Franzen, überbracht. Nicht geringer wurde meine Freude, als ich entdeckte, dass der inzwischen verstorbene Dr. Flans Rossen ebenfalls Mitglied des Stammkomitees war.

Für einen frischgebackenen jungen Amtsbürgermeister war es von großer Bedeutung, in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit diesen beiden zu begegnen, die mit ihrer Erfahrung, ihrem guten Willen, ihrem Verständnis und ihrem Humor die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiterbringen wollten - auch wenn nie manchmal auf dänischer Seite auf Widerstände stieß und auch auf Äußerungen,

die bestenfalls unverständlich waren und sicher auch manchmal verletzend wirken mussten.

Zum anderen gibt mir die Einladung des Stammkomitees die Möglichkeit, ein Problem anzusprechen, das meiner Meinung nach rational unverständlich ist, aber dennoch ein reales Problem zum Schaden unserer gemeinsamen Zukunft darstellt.

Natürlich gibt es auch unterschiedliche Auffassungen in Bezug auf die Zukunft, den Inhalt und das Tempo der europäischen Integration usw. Es besteht jedoch kein Zweifel, dass die Welt kleiner wird, dass wir immer mehr voneinander abhängig werden und dass die nationalen Grenzen Tag für Tag an Bedeutung verlieren. Als vorläufiges Endziel sehen wir nun eine EU mit 25 Mitgliedern. Wer hätte das vor nur 15 Jahren zu hoffen oder zu glauben gewagt!

Nein, das Schwierige ist unsere gemeinsame Vergangenheit, sind unsere gemeinsamen Siege und Niederlagen, denen sich viele so stark verpflichtet fühlen, dass es ihnen schwer fällt, nach vorne zu blicken. Ich wage fast zu behaupten, dass ein Ereignis um so mehr Ehrfurcht zu verlangen scheint, je weiter es in der Vergangenheit liegt. Glücklicherweise hört die Erinnerung bei 1864 auf, denn obwohl wir in „Kong Christian“, einer der beiden dänischen Nationalhymnen, immer noch davon singen, dass „Helm und Hirn des Goten barsten“, so ziehen wir ja sicher nicht morgen gegen Schweden in den Krieg.

Aber: Während der erregten Regionsdebatte in Sønderjylland 1995 schrieb mir ein Mann aus Nordborg: Wenn ich mich auf eine derartige erweiterte Zusammenarbeit mit den Deutschen einlasse, so sei sein Großvater bei Düppel vergebens gefallen. Viele weitere Äußerungen gingen in dieselbe Richtung. Den meisten sehe ich das gern nach, denn gewiefte EU-Gegner nutzen das Sønderjyske Nationalgefühl aus - ohne kleinliche Rücksichten auf die Wahrheit. Im Gegenteil: je schlimmer, desto besser. Damals habe ich leicht frustriert gesagt: Gut, dass 1920 südlich der Grenze nicht mehr Menschen dänisch abstimmten, denn dann wären sie ja heute Dänen.

Unterstreichen möchte ich jedoch Folgendes: Wenn es auch wichtig ist, seine Wurzeln zu kennen und auf dieser Grundlage seinen Platz in der Gegenwart zu finden und die Zukunft zu gestalten, so werden die Vortrefflichkeit und die Irrtümer unserer Vorväter nicht vererbt. Nichts, was uns zu besseren oder schlechteren Menschen machte. Nichts, was uns erlaubte, uns über andere zu erheben oder wofür wir uns schämen müssten. Wir können uns auch nicht hinter dem verstecken, was andere meinen. Das nationale Gefühl, besser zu sein, war in Sønderjylland weit verbreitet - und einfacher wird es nicht, wenn es verbunden ist mit einem Minderwertigkeitskomplex gegenüber dem großen Nachbarn. David gegen Goliath, wenn ich so sagen darf.

Mein nationales „Bessergefühl“ verschwand eines Tages unter der kalifornischen

Sonne, als ein junger Deutscher, der meine Vorbehalte satt hatte, mir sagte, dass keiner von uns beiden - wir waren beide 1945 geboren - Schuld an dem hatte, was geschehen war, oder die Ehre dafür beanspruchen konnte, dass es überwunden wurde. Unsere gemeinsame Verantwortung war und ist die Zukunft.

Unser Landesteil ist voller Zeugnisse vergangener Kriege mit Siegen und Niederlagen. Bei allem Respekt vor denjenigen, die Leben und Gesundheit verloren, ist es im Rückblick sicher richtig festzustellen, dass wir alle verloren haben: Die Entwicklung unseres Landesteils geriet ins Stocken, wir wurden sowohl aus dänischer als auch aus deutscher Sicht zu einem Randgebiet.

Die fortdauernden nationalen Gegensätze bewirkten, dass sich manche die Zeit vor 1840 zurückwünschten, als die nationalen Gegensätze unwichtig waren und wir alle eher Schleswiger denn Deutsche oder Dänen waren. Auch aus jüngerer Zeit gibt es Beispiele dafür, aber ich glaube, dass es wichtig ist zu unterstreichen, dass es keinen Königsweg gibt.

Wir sind Dänen und Deutsche in einem gemeinsamen Grenzland,

- wo nationale Streitigkeiten der Vergangenheit angehören,
- wo wir die Zusammenarbeit weiter entwickeln wollen,
- wo dies mit Respekt vor der geltenden deutschen und dänischen Gesetzgebung geschehen muss und
- wo wir positive Sonderregelungen von deutscher wie von dänischer Seite brauchen, um die Probleme zu lösen, die aus der unterschiedlichen Gesetzgebung erwachsen.

Vieles läuft in die richtige Richtung, aber in einem Punkt geht es bergab: Bei der Beherrschung der Sprache des Nachbarn. Falls wir nichts unternehmen, wird die deutsch-dänische Zusammenarbeit in wenigen Jahren auf Englisch vor sich gehen. Darunter braucht sie nicht zu leiden, aber wenn man sich einen echten deutsch-dänischen Arbeitsmarkt vorstellt, ist die Verbreitung der sprachlichen Kompetenzen eine Notwendigkeit.

Abschließend einige persönliche Bemerkungen zum Verständnis meines Hintergrundes: Mein Großvater kaufte 1910 den Hof, auf dem ich lebe, und war von 1912 bis 1918 deutscher Soldat. Er kehrte heim mit Respekt vor seinen deutschen Kameraden, wohingegen meine Großmutter, die den Hof zuletzt nur mit Hilfe russischer Kriegsgefangener hatte führen können, sich vom deutschen Amtsvorsteher so schikaniert fühlte, dass sie, deren nationale Herkunft ein wenig undurchsichtig war, zur glühenden Nationalistin wurde. Sie errichtete nach den Volksabstimmungen von 1920 einen 18 m hohen Fahnenmast, denn nun sollte man weithin sehen, dass wir wieder dänisch geworden waren. Sie wurde ein glühender „Flensburg-Mann“, wie man die Anhänger der Rückkehr Flensburgs zum Königreich nannte.

Mein Großvater meinte dagegen, dass man die Volksabstimmung respektieren müsse - und die beiden sprachen jahrelang kein Wort miteinander. Diese Situation war keineswegs außergewöhnlich im Landesteil.

Bei meinem Hof steht ein alter Meilenstein: 2 Meilen nach Aabenraa und 2 Meilen nach Flensburg. Ich meine, das stimmt inzwischen wieder, und ich hoffe, ein wenig dazu beigetragen zu haben.

Ich danke dem Stammkomitee für seine Arbeit und nicht zuletzt für die Initiativen in den letzten Jahren, um diesen Tag zu einem gemeinsamen Gedenktag zu machen, an dem wir die Gefallenen und Verwundeten ehren und mit Dankbarkeit des großen freiwilligen Einsatzes zur Bergung der Lebenden und Toten gedenken, die die Bürger von Flensburg und Schleswig unter schwierigen Bedingungen leisteten.

Vor diesem Hintergrund scheinen mir die Anforderungen unendlich klein, die heute an uns gestellt werden, um eine gemeinsame bessere Zukunft zu sichern.

Die Zeit und das dänische Trauma

von HANS HEINRICH HANSEN

Seitdem Ende 2001 in Dänemark die liberal-konservative Regierung mit Unterstützung der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei die Regierung übernommen hat, fühle sich ein Teil der dänischen Bevölkerung in seiner antideutschen Grundstimmung bestätigt, vermerkte der Hauptvorsitzende des Bundes deutscher Nord-schleswiger (BdN), Hans Heinrich Hansen, gegenüber dem Flensburger Tageblatt (18.10.2001). Auch in dem folgenden Artikel für die Grenzfriedenshefte bringt Hansen seine Besorgnis zum Ausdruck und ruft dazu auf, antideutsche Ressentiments in Dänemark zu überwinden.

Die Redaktion

Wir alle lieben Dänemark und besonders das Bild von einem toleranten und aufgeschlossenen Land, in dem die Gegensätze nicht so groß sind, in dem das soziale Denken und Handeln weit fortgeschritten ist, das klein und mutig ist und eine große aufklärerische Tradition hat.

All das stimmt, aber leider beobachten wir auch das Gegenteil. Wir beobachten das kleine, enge, dem Fremden gegenüber ablehnend bis feindlich gesonnene Dänemark. Wir beobachten, dass eine anti-deutsche Grundstimmung ziemlich dicht unter der Oberfläche liegt.

Man redet nicht gern darüber, nicht in Dänemark, aber auch nicht in Deutschland, denn man liebt das Bild vom guten Dänemark. Und noch einen zweiten Grund gibt es, um über dieses Thema lieber zu schweigen: auf der Seite der Deutschen gibt es durchaus noch das Gefühl von Schuld, weil die deutschen Truppen während des 2. Weltkrieges in Dänemark einmarschierten und das Land besetzten.

Diese Erfahrung war für Dänemark als Nation ein Trauma, und die Auswirkungen beschäftigen uns noch heute. Die Menschen erlebten die Besetzung des Landes sehr unterschiedlich, und sie reagierten so unterschiedlich und so komplex wie Menschen nun einmal sind. Ich will nichts beschönigen. Wir alle haben für den wahnsinnigen Anspruch und für den Wahnsinn der Politik Hitlers gebüßt. Ich bin 1938 geboren, und meine Kindheit war geprägt von einer anti-deutschen Stimmung, um es einmal milde zu sagen. Vielleicht reagiere ich deshalb auch so empfindlich auf die neuen Töne des Anti-Deutschen, die ja doch die alten sind. Das

Erschreckende ist, dass sie heute ohne das Bewusstsein von Geschichte daherkommen und dass ohne Nachdenken rekapituliert wird, was als Vorurteil im Hinterkopf sitzt.

Das wird deutlich, wenn etwa dänische Pfadfinder den deutschen Überfall auf Dänemark nachspielen, ohne sich etwas dabei zu denken. Das geschah im vergangenen Jahr. Man war sich auf Seiten der Veranstalter der Dimension gar nicht bewusst. Es gab ein großes Medienecho, und eigentlich konnte niemand danach mehr sagen, er oder sie habe davon nichts gewusst. Dennoch wiederholte sich die Geschichte in etwas abgewandelter Form. Wieder wurden im Rahmen eines pädagogischen Konzepts Kriegsspiele gespielt. Diesmal ging es um Juden und um Nazis als Verfolger. Das Medienecho war diesmal kleiner, und auch wir regten uns nicht mehr so auf.

Neben diesen großen Geschichten gibt es noch etliche kleine, persönliche. Es ist schon eine Ironie der Geschichte, wenn Angehörige der dänischen Minderheit, die in Dänemark studieren oder arbeiten, als Deutsche gehänselt, als Nazis beschimpft und von ihren Kommilitonen isoliert werden. Angehörigen der deutschen Minderheit geschieht das ab und zu auch, aber da ist man eher darauf gefasst.

Das Trauma

Ich will damit sagen: Die dänische Politik und die dänischen Politikerinnen und Politiker wissen um den Zustand der Bundesrepublik Deutschland heute. Sie wissen, welche Arbeit an der Demokratie in Deutschland in den letzten 50 Jahren geleistet wurde. Bei ihnen hat sich das Bild der Deutschen zum Positiven gewandelt. Auch die deutsche Minderheit profitiert in hohem Maße davon. Aber diese Aufklärung hat einige Teile der Bevölkerung noch nicht erreicht, und ich frage mich, woran das liegt.

Es besteht sicher ein Interesse, das Trauma der dänischen Nation als offene Wunde zu belassen. Das ist verständlich, solange es in Dänemark Menschen gibt, die gegen das Hitler-Regime gekämpft haben, und solange die Erinnerung an sie lebendig ist.

Ich frage mich allerdings, was wir tun können und was getan wird, um die deutliche Geschichte nach 1945 im kollektiven Gedächtnis der dänischen Nation zu verankern.

Gegen Geschichtslosigkeit hilft nur Aufklärung, gegen Gleichgültigkeit aber fällt mir kein Rezept ein.

Deutsche und Dänen sind sich im Verlauf der Geschichte immer sehr nah gewesen.

Davon gibt die Geschichte Schleswigs das beste Zeugnis. Sicher aber liegt gerade in dieser Nähe eine Gefahr. Man muss sich abgrenzen, um die Eigenständigkeit zu wahren. Und die Grenze zu Deutschland lag mal hier, mal da. Mal war man noch in Altona dänisch, aber selbst oder gerade zu dieser Zeit war Deutsch die Sprache des Hofes.

„Altes und neues Europa“

Man hatte und hat in Dänemark vielleicht noch heute einen Komplex gegenüber dem Nachbarn Deutschland, der mit seinen 85 Millionen Menschen eine zahlenmäßige Macht darstellt, mit der man sich auf dieser Ebene nicht messen kann. Deshalb muss man anders sein, deshalb muss man sich absetzen, und deshalb spielt man so gern das Spiel David gegen Goliath. Dabei weiß man die meisten Menschen auf seiner Seite.

Auch und gerade deshalb hat das Wort des amerikanischen Verteidigungsministers Rumsfeld vom „alten und neuen Europa“ eine solche Kraft. Es gibt den Staaten, die sich nicht in der Allianz Frankreich - Deutschland befinden, darunter Dänemark, eine neue, alte Identität. Sie können zwar der Größe und dem Machtanspruch der beiden Länder nichts Gleichwertiges entgegensetzen, aber mit der Klassifizierung vom „alten und neuen Europa“ haben sie ein Schlagwort in die Hand bekommen, das ebenso simpel und einleuchtend ist wie der vom amerikanischen Präsidenten Bush propagierte Kampf zwischen „Gut“ und „Böse“. Schade nur, dass die Welt komplexer und differenzierter ist. Schade aber auch, dass sich Frankreich und Deutschland auf diese Zurschaustellung von Macht eingelassen haben.

Denn ein Deutschland, das eine demokratische Tradition aufgebaut hat und mit dem man sich daher auseinandersetzen muss, ist schwieriger zu handhaben als ein Deutschland, in dem das „Böse“ herrscht. Das kann man verurteilen, und dagegen kann man kämpfen. Da ist die eigene Identität ungebrochen und sicher wie in Abrahams Schoß, und man kämpft für eine gute Sache. Deshalb wohl verfallen junge und alte Dänen immer wieder auch heute noch der Versuchung, Deutsch mit dem Hitler-Regime gleichzusetzen.

Aber gerade wegen des guten Bildes von Dänemark, an dem auch wir als deutsche Minderheit ein Interesse haben, ist es wichtig und an der Zeit, dagegen anzugehen.

„Lassen Sie uns zusammenfinden“

Appell an deutsche Unternehmer

APENRADE / HEIDE (ala) Das wirtschaftliche Potenzial in der deutsch-dänischen Grenzregion blüht für Asmus Peter Asmussen noch viel zu wenig. Während zwar kleine und mittelständische Unternehmen aus Dänemark versuchen, in Deutschland Fuß zu fassen, sind es auf deutscher Seite höchstens Industrieunternehmen, die es ins nördliche Nachbarland zieht. Für den 48-jährigen Direktor des „Sønderjyllands TIC & Ervervs Center“ in Aabenraa eine unbefriedigende Situation. Höchstens ein Drittel der Schleswig-Holsteiner würden die Möglichkeiten vor ihrer Haustür nutzen. Asmussen macht dafür vor allem die fehlende Sprach- und Kulturkompetenz verantwortlich.

Vor dem Hintergrund des EU-Einigungsprozesses ist es für Asmussen um so wichtiger, dass ländlich strukturierte Regionen wie Sønderjylland und das nördliche Schleswig-Holstein Zusammenarbeiten.“ Auch die in Dänemark anstehende Gebietsreform mache schnelles Handeln erforderlich. „Lassen Sie uns zusammenfinden“, forderte er auf dem Jahresempfang der Dithmarscher Wirtschaftsunioren in Heide.

Asmussen plädiert dafür, dass öffentliche Hand und Wirtschaft auf beiden Seiten der Grenze zusammenarbeiten, um Kräfte zu bündeln sowie Konzepte und neue Strategien zu entwickeln. Dabei geht es sowohl um eine wirtschaftliche Stärkung und eine Erhöhung der Wertschöpfung im ländlichen Raum als auch ums Geld. Denn Fördermittel der Europäischen Union fließen häufig nur bei Verbundprojekten mit ausländischen Partnern.

Für den Direktor des süddänischen Wirtschaftsförderungszentrums ist dies die einzige Möglichkeit, gemeinsam Stärke zu zeigen und nicht von den Metropolregionen ins Abseits gedrängt zu werden. „Wenn wir die Kooperation jetzt nicht schaffen, dann verlieren wir“, ist Asmussen überzeugt.

Im südlichen Teil unseres Nachbarlandes herrscht Vollbeschäftigung. Allerdings, so Asmussen, sei dies nicht durch die Schaffung von Arbeitsplätzen erreicht worden. Vielmehr seien im wesentlichen staatlich finanzierte Bildungs- und Arbeitsmaßnahmen dafür verantwortlich. Eine maßgebliche Rolle habe auch die positive Entwicklung der Firma Danfoss gespielt. Wichtig sei auch die Schaffung einer Hochschule gewesen, ohne die eine positive wirtschaftliche Entwicklung nicht möglich sei. „Durch eine große Spende aus der Wirtschaft entsteht zur Zeit ein internationaler Campus in Nordschleswig.“

Flensburger Tageblatt, 28.1.2003

„Danfoss Universe“ – für mehr Lust auf Technik

NORDBORG Die Grenzregion erhält für 17 Millionen Euro einen Erlebnispark der Superlative: Das „Danfoss Universe“ auf Alsen soll unterhaltsam vermitteln, wie spannend Naturwissenschaft und Technik sein können. Die Hälfte von jährlich 160 000 Besuchern wollen die Dänen aus Schleswig-Holstein locken.

„Dänemark und Deutschland droht ein großer Mangel an Ingenieuren“, befürchtet Danfoss-Chef Jørgen Mads Clausen. Das möchte der Chef des weltweiten Industriekonzerns aus Nordborg auf Alsen mit einer Investition von 17 Millionen Euro ändern: Dafür soll am Hauptsitz der Firma ein Erlebnispark entstehen, „der jungen Leuten Appetit auf Naturwissenschaft und Technik macht.“ Voraussichtlich im Frühjahr 2005 wird das „Danfoss Universe“, nur eine Autostunde von Flensburg entfernt, eröffnet. Der erste Spatenstich ist für diesen Juni geplant.

Auf einer Fläche von neun Hektar verspricht Danfoss einen „familientauglichen Spaziergang mit Überraschungen“. Größtes Gebäude und architektonisches Aushängeschild wird der isländische Pavillon von der Expo 2000 in Hannover, den Clausen dem Ministerpräsidenten des Atlantik-Staats mit einem persönlichen Handschlag abgekauft hat. Es ist ein 20 Meter hoher knallblauer Würfel, dessen Außenhaut permanent von Wasser überflossen wird. Er soll dem Publikum die Themen Regen, Blitze, Gletscher und Vulkane mit Hilfe interaktiver Attraktionen nahe bringen. Andere Gebäude befassen sich mit Sonne, Wind und Wasser, mit Mechanik und Hydraulik. Einen besonderen Stellenwert erhalten – den Hauptprodukten von Danfoss entsprechend – Heizen und Kühlen. Ein „Garten der Weisheit“ mit dem Fokus auf den Grundmaterialien Sand, Stein und Holz sowie eine „Erfindergasse“ über die wichtigsten Naturwissenschaftler der Welt sind weitere Bausteine des Parks. Auf allen Gebieten, so der Tenor der gestrigen Pressekonferenz, darf mit Spaß-orientierter Vermittlung gerechnet werden: Mini-Zeppeline per Fernbedienung durch eine Halle steuern, Schneeballschlacht im „Eishaus“, das Spielen selbstkomponierter Musikstücke auf einer Wasserorgel oder Bälle von einer Drehscheibe in Tore schießen sind Beispiele für eine riesige Palette von Mitmach-Stationen, die spielerisch physikalische Gesetze auf den Punkt bringen sollen. In dem Bauernhof, in dem Jørgen Mads Clausens Vater 1933 den Grundstein für das Unternehmen legte, können die Besucher etwas über die Geschichte der größten Firma des Grenzlands erfahren – „und wieder auf den Teppich kommen“, wie es der Projektleiter von „Danfoss Universe“, Svend Aage Madsen, formuliert.

Madsen geht mit der Erfahrung von zwei Freizeitparks im Rücken an seine Aufgabe nördlich von Sonderburg: Er hat die „Legoländer“ in Kalifornien und England aufgebaut. Das „Universe“ kalkuliert mit einem durchschnittlichen Eintrittspreis von acht Euro pro Person. Die Rechnung geht von einem jährlichen Besucheraufkommen von 160 000 zwischen Ostern und den Herbstferien aus –

die Hälfte davon aus Schleswig-Holstein. Das thematisch verwandte Flensburger Science-Center Phänomena zieht jährlich rund 70 000 Besucher an. Dessen Chef Achim Engler setzt auf „Synergien“ mit „Danfoss Universe“. In vier Workshops im Februar wollen beide Einrichtungen Kooperationsmöglichkeiten ausloten.

Frank Jung, in: Flensburger Tageblatt, 31.1.2003

Radeln auf dem „Grænsestien“ von der Ostsee zur Nordsee

Turistmarketing Sønderjylland und Wireg planen einen 130 Kilometer langen Radwanderweg entlang der Grenze

APENRADE (dn) Das „Turistmarketing Sønderjylland“ mit Sitz in Apenrade und die Wirtschaftsförderungs- und Regionalentwicklungsgesellschaft Flensburg/Schleswig (Wireg) wollen einen rund 130 Kilometer langen kulturhistorischen Erlebnis-Radwanderweg entlang der deutsch-dänischen Grenze schaffen. Der „Grænsestien“, so der Arbeitstitel des Projektes, soll im Raum Flensburg, wahrscheinlich an der Schusterkate in Wassersleben beginnen und an der Wiedau-Schleuse vor Hoyer enden.

„Die windungsreiche Grenzgeschichte der Region ist einzigartig, ebenso wie die Art der Grenzziehung 1920“, heißt es in einem Exposé. Angesichts der internationalen Vorbildfunktion der Minderheitenpolitik in der Region und „diversen anderen interessanten Besonderheiten“ der deutsch-dänischen Grenzkultur sei ein solcher Erlebniswanderweg entlang der Grenze „ein touristisches Alleinstellungsmerkmal mit hohem Grad an Authentizität“.

Der „Grænsestien“ soll die Grenze an 13 Stellen, meist an früheren Grenzübergängen, kreuzen. An den früheren Übergängen „soll die typische Symbolik der Grenze in Gestalt der Grenzkontrollgebäude partiell bewahrt bleiben“. Die Initiatoren, die neben den vier nordschleswigschen Grenzgemeinden Bau, Tingleff, Tondern und Hoyer auch neun Gemeinden auf deutscher Seite ins Projekt einbeziehen wollen, planen eine noch eigens zu entwickelnde Beschilderung des Wanderweges nach den Kriterien des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) für Fernradwege. Die Route soll bisherige Radwege – wie etwa den dänischen Fernradweg Nr. 8 von der Westküste bis nach Møn, verkehrsarme Wirtschafts- und idyllische Waldwege zwischen Nord- und Ostsee miteinander verknüpfen. Etwa 50 Informationstafeln sollen vor Ort auf Sehenswürdigkeiten in Natur und Kultur verweisen. Den Inhalten der Infotafeln entsprechend ist eine dreisprachige Broschüre in Deutsch, Dänisch und Englisch geplant, die in Reisebüros, Fremdenverkehrszentralen und Touristbüros erhältlich sein wird. Im Internet ist eine Homepage mit „hochqualitativen Hintergrundinformationen“ und „kontinuierlicher Aktualisierung der Inhalte“

vorgesehen.

Die Kosten des touristischen Projekts sollen noch untersucht werden. Die Vorstudie zum „Grænsestien“ soll im August abgeschlossen sein, so dass im September eine Förderungszusage aus Interreg-III-A-Mitteln erfolgen könnte. Ab Anfang 2004 ist der Beginn von Recherchen für die Linienführung des Radwanderweges und die Standorte der Infotafeln geplant.

Die Initiatoren wollen neben den Kommunen beiderseits der Grenze weitere Partner zumindest ideell mit ins Boot holen. Eine Einladung dazu erhielt auch der Bund deutscher Nordschleswiger.

Flensburger Tageblatt, 7.2.2003

SPD-Fraktionschef Lothar Hay lobt die Jungen SPitzen

APENRADE (dn) Der engere Vorstand des Grenzfriedensbundes, Flensburg, war gestern Gast beim Bund deutscher Nordschleswiger in Apenrade, wo aktuelle Fragen der Minderheiten und der Grenzregion auf der Tagesordnung standen. Vorsitzender des Grenzfriedensbundes ist der Fraktionsvorsitzende der SPD im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Lothar Hay. Außerdem gehören auch die SPD-Landtagsabgeordneten Rolf Fischer und Ulf von Hielmcrone dem Vorstand an. Besonders herzlich begrüßt wurden der Ehrenvorsitzende Artur Thomsen und Geschäftsführerin Ingrid Schumann.

SP-Vorsitzender Gerhard Mammen und SP-Sekretär Gösta Toft informierten über Grenzpendler-Probleme, und von den Jungen SPitzen gaben Vorsitzender Jesper Jessen und Stephan Kleinschmidt den Gästen einen Überblick über die Arbeit der Nachwuchsorganisation in der deutschen Minderheit. Lothar Hay freute sich über die Dynamik, die die Jungen SPitzen in ihrer Tätigkeit für die Minderheit entwickeln. „Ich wäre sehr froh, wenn die SPD über zwei so tüchtige junge Leute verfügen würde wie die der deutsche Volksgruppe“, sagte Hay.

Der Nordschleswiger, 8.2.2003

Grenzfriedensbund besorgt bei Aus für Amt Nordschleswig

SPD-Fraktionschef Hay: Wo bleibt die Identität? / Fischer: Sie sitzen noch auf den Ochsen-Inseln

APENRADE (dn) „Wir haben zwar nur begrenzt Möglichkeiten, auf die Entscheidungen in Dänemark einzuwirken, aber man kann das nicht mit einem Federstrich machen, denn wo bleibt die regionale Identität?“, so Hay.

Beim Gespräch zwischen Grenzfriedensbund und BdN gestern in Apenrade hatte

der BdN Hauptvorsitzende Hans Heinrich Hansen das Thema Strukturreform mit den Worten eröffnet: „Das wird für uns dramatische Folgen haben. Man zieht uns sozusagen die Heimat unter den Füßen weg. Wir werden prüfen, ob eventuell die Rahmenkonvention des Europarates eine solche Änderung zu Ungunsten der deutschen Minderheit verhindern kann“, sagte Hansen.

Lothar Hay vertrat die Ansicht, eine größere Region nördlich der Grenze mit dem Dreieck Kolding-Vejle-Fredericia „wird alles in Richtung Norden verschieben, und man muss besorgt fragen, wo dann politisch künftig überhaupt noch die deutsche Minderheit zu finden ist.“

Hay ging in diesem Zusammenhang auch auf den Partnerschaftsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Amt Sønderjylland ein:

„Dieser Vertrag muss mit Leben erfüllt werden. Gegenwärtig passiert fast gar nichts.“ Der zum Vorstand des Grenzfriedensbundes gehörende Vorsitzende des Europaausschusses im Landtag, Rolf Fischer, formulierte die Kritik auch an die eigene rot-grüne Landesregierung noch deutlicher: „Ich habe den Eindruck, dass die Vertragspartner am Tisch auf den Ochsen-Inseln, wo der Vertrag zwischen Simonis und Holst unterschrieben worden ist, einfach sitzengeblieben sind. Im April wird der Landtag sich in einer Debatte mit diesem Vertrag befassen, und ich warte gespannt darauf, was bisher umgesetzt worden ist. Wir müssen verhindern, dass das deutsch-dänische Grenzland zu einem Vakuum wird“, betonte Fischer. SP-Amtsratsmitglied Hinrich Jürgensen forderte ebenfalls mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

„Für Philippen war diese Zusammenarbeit eine Herzensangelegenheit. Carl Holst ist zwar auch dafür, aber beim neuen Amtsbürgermeister ist das reine Vernunft.“ SPD-Landtagsabgeordneter Ulf von Hielmcrone, der Vorsitzender im Bildungsausschuss des Landtages ist, hob die wichtige Rolle der Minderheiten und der deutschen Grenzverbände hervor.

„Wir sind das Modem, das nicht kaputtgemacht werden darf“, so der Politiker, nachdem Hans Heinrich Hansen heftige Kritik an Kieler Einsparungen im Haushalt Grenzfriedensbund geübt hatte.

Der Nordschleswiger, 8.2.2003

„Minderheiten schützen und fördern“

FLENSBURG Die Rechte von Minderheiten sollen in Europa Verfassungsrang bekommen. Das forderten der Vorsitzende des „Sydslesvigsk Forening“, Heinrich Schultz, und der Hauptvorsitzende des „Bundes deutscher Nordschleswiger“, Hans Heinrich Hansen. In einem gemeinsamen Brief an den dänischen Außenminister Per Stig Møller und seinen deutschen Amtskollegen Joschka

Fischer fordern sie die beiden auf, alles zu tun, damit die nationalen Minderheiten in Dänemark und Deutschland, sowie in den jetzigen und kommenden EU-Staaten, mit einem Artikel in der Verfassung des vereinigten Europa berücksichtigt werden. Mit Blick auf die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 verweisen die beiden Vorsitzenden darauf, dass beide Länder große Fortschritte in der Minderheitenpolitik gemacht hätten.

Schultz und Hansen skizzierten den Entwurf eines Minderheitenartikels, der lauten könne: „Nationale Minderheiten sind zu schützen und zu fördern.“ Damit beziehen sie sich auf Artikel 21 der Europäischen Menschenrechts-Charta.

Flensburger Tageblatt, 19.2.2003

Erste Adresse in Sachen Minderheitenpolitik

Bundesbeauftragter Jochen Welt besucht Schleswig-Holstein und Dänemark
Dicker hätte das Lob für Schleswig-Holstein kaum ausfallen können: „Das Land ist die Erste Adresse für gelungene Minderheitenpolitik in Deutschland“, schwärmte der neu eingesetzte Bundesbeauftragte für die Minderheiten, Jochen Welt, gestern in Kiel. Beispielhaft sei besonders die hervorragende Zusammenarbeit im deutsch-dänischen Grenzgebiet, von der er sich bei einem Besuch in Süd- und Nordschleswig persönlich überzeugen konnte. „Fasziniert bin ich von der spürbaren personellen Nähe“, sagte der ehemalige Recklinghausener Bürgermeister und Bundestagsabgeordnete nach seiner ersten Stippvisite im Norden, die ihn auch zum Europäischen Minderheitenzentrum (EZM) in Flensburg führte. Dort werde „hochwissenschaftliche Arbeit von internationalem Rang“ geleistet, so Welt. Im Blickpunkt stehe dabei nicht nur die Teilnahme von Minderheiten am gesellschaftlichen Leben, sondern die Konfliktforschung und Konfliktvermeidung. Die in Flensburg gewonnenen Erkenntnisse müssten unbedingt so übersetzt werden, dass Krisenherde in aller Welt davon profitierten. Höchst zufrieden nach dem Besuch des Bundesbeauftragten zeigte sich gestern auch Landtagspräsident Heinz Werner Arens. „Mit unserer Arbeit für die Minderheiten sind wir auf Bundesebene gut vorangekommen“, meinte Arens. Niemand habe damit gerechnet, dass so schnell ein Bundesbeauftragter für die Minderheiten berufen würde. „Mit der Einrichtung dieses Amtes unterstreicht die Bundesregierung den hohen Stellenwert, den sie dem Schutz nationaler Minderheiten beimisst.“ Arens hofft, dass beim Bundestag nun zügig ein eigenes Minderheitengremium – ähnlich wie in Schleswig-Holstein – eingerichtet wird. Bereits seit gut einem Jahr bemühen sich die Minderheitenvertreter um eine Art „ständige Vertretung“ in der Nähe der Berliner Legislative. Welt zeigte sich optimistisch, dass noch im laufenden Jahr eine Lösung gefunden werde. Ziel sei

es nach wie vor, den Minderheitenschutz in der Verfassung zu verankern. Sowohl Arens als auch Welt warnten davor, finanzielle Kürzungen zu Lasten der rund 100 000 Angehörigen der nationalen Minderheiten in Schleswig-Holstein vorzunehmen. „Das darf kein Steinbruch für Sparbeschlüsse sein“, meinte Welt, der allerdings die Haushaltsansätze mittelfristig bis 2006 gesichert sieht. Generell gelte jedoch, dass die berechtigten Interessen der vier Minderheiten in Deutschland - Dänen, Friesen, Sorben und Sinti/Roma – in einem abgewogenen Verhältnis zu den Interessen der Steuerzahler stehen müssten.

Die Gesprächsteilnehmer in der Landeshauptstadt, zu denen auch die Minderheitenbeauftragte des Landes, Renate Schnack, und zahlreiche Parlamentarier gehörten, waren sich gestern einig, dass das Thema Minderheitenschutz für den Europäischen Verfassungsprozess eine zentrale Rolle einnimmt.

Margret Kiosz, in: Flensburger Tageblatt, 19.2.2003

Idstedt-Löwen nach Idstedt holen“

SPD-Kreistagsfraktionsspitze wünscht sich eine Rückkehr in die Grenzregion

Die Rede von Kresten Philipsen anlässlich des 139. Oeversee-Marsches hat die SPD Kreistagsfraktion zum Anlass genommen, die jahrzehntelangen Kontroversen um die Wiederaufstellung des Idstedt-Löwen am historischen Standort zu beenden. Vielmehrwünscht sich die Kreis-SPD von Politikern beider Seiten einen gemeinsamen Vorschlag für die Grenzregion. Der Idstedt-Löwe, der 1862 auf dem Alten Friedhof in Flensburg als Erinnerung an den dänischen Sieg über die schleswig-holsteinische Erhebung von 1850 aufgestellt wurde und seit 1945 an einem „provisorischen Standort“ in Kopenhagen steht, gehöre zurück in die Region Schleswig-Sønderjylland.

Der Kreistagsvorsitzende Ingo Degner und sein Stellvertreter Hans-Werner Johannsen erinnerten in ihrer Erklärung daran, dass alle bisherigen Initiativen zur Rückkehr des Löwen gescheitert seien, weil die Region nicht mit einer Stimme spreche. Dabei habe die ehemalige dänische Kulturministerin, Elsebeth Gerner, auf einer Gedenkveranstaltung in Kopenhagen zum 150. Jahrestag der Schlacht bei Idstedt aus Sicht der dänischen Regierung ein eindeutiges Angebot unterbreitet: „Wenn die dänische Minderheit und die deutsche Mehrheit südlich der Grenze es wünschen, wird der Löwe hoffentlich zum letzten Mal umziehen.“ „Uns interessiert auch die Meinung der dänischen Seite nördlich der Grenze und der deutschen Minderheit in dieser Frage“, heißt es in der Mitteilung der Fraktionsspitze. Degner hält den Regionalrat der Region Schleswig-Sønderjylland für das geeignete Gremium, das sich intensiv mit der Frage der Rückkehr des

Idstedt-Löwen und seines letztendlichen Standortes beschäftigen soll.

In der Standortfrage spricht sich die SPD für Idstedt aus. „Zurzeit wird die Idstedt-Gedächtnishalle in Idstedt-Kirche grundlegend saniert und umgestaltet. Wäre es nicht eine ausgezeichnete Sache, wenn der Idstedt-Löwe dort aufgestellt wird, wo die militärische Auseinandersetzung im 19. Jahrhundert tatsächlich stattgefunden hat?“, fragt der Tarper Hans-Werner Johannsen. 2004 würden die modernisierte Gedächtnishalle und die erweiterte Ausstellung wiedereröffnet. Diesen Tag mit der Rückkehr des Löwen zu verbinden, wäre seiner Ansicht nach ein für die Grenzregion historisches Ereignis.

Flensburger Tageblatt, 26.2.2003